Die Volkswacht erscheint wöchentlich zweimal am Dienstag u. Freitag. Abonnementspreis, mit der Beilage: Die Neue Welt, monatlich 40 Pfg., vierteljährlich 1,20 Mk. Bei freier Zustellung ins Haus monatlich 5 Pfg. Botenlohn. Durch die Post bezogen vierteljährlich 1,35 Mk. Die Einzelnummer kostet 10 Pfg.

Volkswacht

Insertionsgebühr die sechs gespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg. Inserate der sozialdemokratischen Partei und der Freien Gewerkschaften 10 Pfg. Das Belegexemplar kostet 10 Pfg. Sprechstunden der Redaktion an allen Wochentagen 12—1 Uhr mittags.

Beilage: Die Neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt

Redaktion und Expedition Paradiesgasse Nr. 32

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Telephon für Redaktion und Expedition 3290

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Nr. 22. | Danzig, den 18. März 1914. | 5. Jahrgang.

Am Birkenbaum.

I.

Der junge Jäger am Waldrand saß,
Am Waldrand auf der Haar.
Wie Blut schon die Blätter, gebleicht das Gras,
Doch der Himmel sonnig und klar.
Er sprach: die Bracken zieh'n sich zur Möhne!
Vergebens mich auf den Fuchs gefreut!
Fern, immer ferner des Hornes Töne
Kein Schuß mehr fällt auf dem Brandholz heut!

Ob ich nach nur schlend're? Den Teufel auch!
Ich lob' mir im Sonnenschein
Das Eckchen hier am Wacholderstrauch
Und den grauen, moosigen Stein!
Drauf streck' ich mich aus, den nehm' ich zum Polster,
An die Buche lehn' ich mein Doppelgewehr!
Und nun aus dem Dichterwinkel der Holster,
Mein Jagdgenosse, mein Byron, komm her!

Und er nimmt seinen Weidsack, und langt sie herfür,
Die ihn öfters begleitete schon,
Die höchst unwürd'ge auf Löschpapier,
Die Zwickauer Edition.
Den Mazeppa hat er sich aufgeschlagen:
Muß sehn, ob ich's deutsch nur reimen kann!
Mögen immer die andern lachen und sagen:
Ha, ha, der lateinische Jägersmann!

Er liest — er sinnt — nun schreibt er sich's auf;
Nun scheint er so recht im Fluß —
Da nimmt er vor Freuden den Doppellauf
Und tut in die Luft einen Schuß.
So hat er es lange Stunden getrieben,
Ein närrischer Kauz, ein Stück Poet,
Bis ihm, mit Bleistift flott geschrieben,
Ein saub'rer Anfang im Taschenbuch steht.

Er reibt sich die Hände: — Und nun nach Haus!
Zwei Stunden noch hab' ich zu gehn;
Nur ein einzig Mal noch hinab und hinaus
In die Ebene will ich spähn;
Will mir Schimmer und Duft in die Seele saugen,
Daß sie Freude noch und zu zehren hat,
Wenn mir wieder die fernedurstigen Augen
Auf Wochen einengt die graue Stadt.

Da liegt sie finster mit Türmen und Wall,
Die mich lehren soll den Erwerb,
Die mich grämlich sperrt in der Prosa Stall,
Und Dichten heißt Zeitverderb!
Wenn ich manchmal nicht auf den Rappen müßte,
Hätt' ich manchmal nicht einen Jagdtag frei,
Einen Tag, wie heut — Schwerenot, ich wüßte
Keinen Rat meiner heimlichen Reimerei!

Da liegt sie — herbstlicher Duft ihr Kleid
In der Abendsonne Brand!
Und hinter ihr, endlos, meilenweit,
Das leuchtende Münsterland!
Ein Blitz, wie Silber — das ist die Lippe!
Links hier des Hellwegs goldene Au!
Und dort zur Rechten, über'm Gestrüppe,
Das ist meines Osnings dämmerndes Blau!

Eine Fläche das! So, denk' ich mir, war
Die Flur, die Mazeppa durchsprengt!
Oder jene, drauf der russische Zar
Den schwedischen Karl gedrängt!
Zwar — milder und üppiger ist die Börde,
Doch wir haben auch Heidegrund und Moor
Und wilden Busch auf der roten Erde —
Ob auch hier schon wer eine Schlacht verlor?

So denkt er, und hat es laut wohl gesagt;
Da tritt ein Mann auf ihn zu:
Ein Bauer — und wenn ihr mehr noch fragt:
Der Hüter einer Kuh.
Die langen Glieder umhüllt ein schlichter
Leinrock, das bläuliche Auge sticht,
Die Lippe zuckt — so tritt er zum Dichter,
So lächelt er seltsamlich und spricht:

II.

Guten Abend, Herr! Ob man Schlachten schlug
In der Ebene dort — fürwahr,
Ich hab's nicht erfahren! Lest nach im Buch!
Mich kümmert wenig, was war!
Ich schaue nur aus nach den künftigen Tagen —
So spricht vom Haarstrang der alte Hirt:
Eine Schlacht wohl sah ich dort unten schlagen,
Doch eine, die man erst schlagen wird!

Ich habe sie dreimal mit angesehn!
O, öd' ist die Haar bei Nacht!
Ich aber muß auf vom Bette stehn —
Dann hat es mich hergebracht!
Just, Herr, wo ihr steht — just hier auf den Felsen,
Da hat es mich Sträubenden hingestellt!
Und hätt' ich gewandt mich mit hundert Hälsen,
Doch hätt' ich hinabschau'n müssen ins Feld!

Und ich sah hinab und ich sah genau —
Da schwammen die Äcker in Blut,
Da hing's an den Ähren, wie roter Tau,
Und der Himmel war eine Glut!
Um die Höfe sah ich die Flamme wehen,
Und die Dörfer brannten wie dürres Gras:
Es war, als hätt' ich die Welt gesehen
Durch Höhrauch oder durch farbig Glas!

Und zwei Heere, zahllos wie Blätter im Busch,
Hieben wild aufeinander ein;
Das eine, mit hellem Trompetentusch,
Zog heran in der Richtung vom Rhein.
Das waren die Völker des Westens, die Freien!
Bis zum Hu weg scholl ihrer Pferde Gewieh'r,
Und voraus flog ihren unendlichen Reihen
Im Rauche des Pulvers ein rot Panier!

Rot, rot, rot! das einige Rot!
Kein prunkendes Wappen drauf!
Das trieb sie hinein in den jauchzenden Tod,
Das band sie, das hielt sie zuhauf!
Das warf sie entgegen den Sklaven aus Osten,
Die, das Banner bestickt mit wildem Getier,
Unabsehbar über die Fläche tosten
Auf das dröhnende, zitternde Kampfrevier.

Und ich wußte — doch hat es mir keiner gesagt!
Das ist die letzte Schlacht,
Die der Osten gegen den Westen wagt
Um den Sieg und um die Macht!
Das ist der Knechtschaft letztes Verenden!
Das ist, wie nie noch ein Würfel fiel,
Aus der Könige kalten, bebenden Händen
Der letzte Wurf in dem alten Spiel!

Denn dies ist die Schlacht um den Birkenbaum!
Und ich sah seinen weißen Stamm,
Und er stand und regte die Blätter kaum,
Denn sie waren schwer und klamm!
Waren klamm vom Blut, das der blutige Reigen
An die zitternden wild in die Höhe gespritzt;
Und so stand er mit traurig hangenden Zweigen,
Von Kartätschen und springenden Bomben umblitzt.

Auf einmal hub er zu säuseln an,
Und ein Licht flog über die Haar
Und den Osten sah ich geworfen dann
Von des Westens drängender Schar.
Die Zäume verhängt und die Fahnen zertreten,
Und die Führer zermalmt von der Hufe Wucht,
Und im Nacken der Freiheit Gerichtstrompeten
So von dannen jagte die rasende Flucht.

Da! zu uns auch herauf! — da — seht ihr sie nicht?
Durch den Hohlweg und über den Stein!
Da! — zum vierten Mal nun das gleiche Gesicht
Und der gleiche lodernde Schein! —
Da! — tretet beiseit, daß kein fliegender Zügel,
Daß kein sausender Dolman den Arm euch streift!
Noch des Mannes Haupt, den, hangend im Bügel,
Eben jetzt sein Pferd durch den Ginster schleift!

Da! — es stürzt! — das edelste dieser Schlacht! —
Der Geschleifte liegt tot im Farr'n!
Und über ihn weg nun die wilde Jagd,
Die Lafetten, die Pulverkarr'n! —
Wer denkt noch an den? Wer unter den Wagen
Risse den noch hervor? Was Bahre, was Sarg!
Hört, Herr — doch dürft ihr es keinem sagen! —
So stirbt in Europa der letzte Monarch!

III.

Dem jungen Jäger schwirrt' es im Kopf
Und er tat einen langen Satz,
Und er fluchte: Vermaledeiter Tropf
Und vermaledeiter Platz!
Doch der Alte, kühl wie ein Seher eben,
Sah ihm ruhig nach von des Holzes Saum:
Ja, flucht nur, Herr Junge! Könnt's doch noch erleben!
Seid ja siebenzehn oder achtzehn kaum!

Dann pfiff er und zog über's Stoppelfeld —
Noch hat sich das Wort nicht erfüllt!
Doch der Birkenbaum steht ungefällt,
Und zwei Lager heute zerklüften die Welt,
Und ein Hüben, ein Drüben nur gilt!
Schon gab es Geplänkel: doch dauernd schlichten
Wird ein Schlag nur, wie jener, den wachsenden Strauß —
Und dem Jäger kommen die alten Geschichten
Und er denkt: Schlüge dennoch das Volk in Gesichten
Seines nahenden Welttags Siege voraus?

Ferdinand Freiligrath.

Zum achtzehnten März.

Von Franz Mehring.

Es war am 2. April des Jahres 1848, als der Vereinigte Landtag in Berlin, eine vormärzliche, für den Augenblick galvanisierte Mumie, eine Adresse an den König beschloß, worin er sich mit der neuen Ordnung der Dinge einverstanden erklärte, die durch den Barrikadenkampf des achtzehnten März geschaffen worden war.

Vor der entscheidenden Abstimmung erhob sich jedoch ein Junker, um zu erklären, er werde gegen die Adresse stimmen, wenn auch nur, weil sie „Freude und Dank für das ausspreche, was in den letzten Tagen geschehen sei.“ Dazu könne er sich nicht bequemen. Er nehme die Adresse nur an, „aus dem alleinigen Grunde“, weil er sich nicht anders helfen könne; „nicht freiwillig“, sondern „durch die Gewalt der Umstände gezwungen“ tue er es. „Die Vergangenheit ist begraben, und ich bedaure es schmerzlicher als viele von Ihnen, daß keine menschliche Macht imstande ist, sie wieder zu erwecken“. Aber wenn er sich darein füge, so könne er doch nicht dafür danken und sich darüber freuen.

Der also sprach, hieß Otto v. Bismarck und man kann ihm nicht bestreiten, daß er in seiner Weise ehrlich sprach. Viel ehrlicher als heute die offiziellen und die offiziösen und auch die bürgerlichen Historiker sprechen, die den 18. März 1848 für ein „Mißverständnis“ erklären, für eine Handlung plumpen Unverstandes, die nur störend und zerstörend in die weise vorbereiteten Reformpläne der Regierung und der herrschenden Klassen eingegriffen habe. Das ist ein ausgesuchter Schwindel, an dem auch nicht ein Atom historischer Wahrheit haftet; es war, wie Bismarck mit blutendem Herzen gestand, der Kampf des Volks, und dieser Kampf allein, der das ruchlose Treiben des König- und Junkertums bändigte.

Lange, viel zu lange hatte der Tag der Nemesis auf sich warten lassen. Aber mit Recht sagte damals Karl Marx, ein Tag siegreicher Volkserhebung wöge Jahrhunderte der Schande auf. Wie unendlich lächerlich ist doch die Einbildung, als hätten die Träger dieser Schande, ein Friedrich Wilhem, ein Prinz von Preußen, ein Arnim oder Bismarck oder sonst ein hinterpommerscher oder uckermärkischer Grande, die Einsicht oder den guten Willen besessen, auch nur den bescheidensten Ansprüchen der geschichtlichen Entwickelung gerecht zu werden! Als der Prinz von Preußen, gepeitscht von den Furien des bösen Gewissens, nach England floh, und der romantische König, in den Staub gedehmütigt, sich beugen mußte vor den Leichen der tapferen Volkskämpfer, die er hatte niederkartätschen lassen, da vollzog sich ein historisches Gericht, nicht über ein paar beiläufige Individuen, sondern über den fluch- und schmachbeladenen Despotismus, der den deutschen Namen seit Jahrhunderten zum Spott für die gesittete Welt gemacht hatte.

Will man von allen akademischen Kathedern predigen und in gelehrten Geschichtswerken auspatschen, daß die Friedrich Wilhelm und Konsorten aus der Fülle ihres guten Herzens hätten gewähren wollen, was die Helden des Volks mit den Waffen in der tapferen Faust erobert haben; so mag man damit vielleicht große und kleine Schulkinder narren. Aber die Arbeiterklasse wird sich durch solch törichtes Gerede nicht einen Augenblick beirren lassen. Sie ehrt in den Märzkämpfern Fleisch von ihrem Fleisch und Blut von ihrem Blut. In ihrem Herzen leben diese Toten ein ur ergängliches Leben.

Ebensowenig wird sie sich beirren lassen, durch das nicht weisere Gerede von einer angeblich überlebten „Revolutions“- und „Barrikadenromantik“. Gewiß denkt sie nicht daran, Barrikaden zu bauen, aber sie verzichtet nicht deshalb drauf, weil die Barrikade ein revolutionäres Mittel ist, sondern nur weil das revolutionäre Mittel nicht mehr taugt für ihre noch viel revolutionäreren Zwecke. An und für sich stellt sie ihre heutige Revolutionstaktik nicht über die damalige Barrikadentaktik. Unter den geschichtlichen Zuständen, wie sie vor sechzig und siebzig Jahren herrschten, gab es kein anderes Mittel, den bösen Willen der Herrschenden zu brechen, als eben die Barrikade.

Dies Schlachtfeld des Volkes bleibt in vollen Ehren bestehen, auch wenn das heutige Proletariat wirksamere Mittel für seine höheren Zwecke kennt und seine Siege auf anderen Schlachtfeldern erficht. Alles Geschrei über „Revolutionsromantik“ ändert keinen Deut an der Tatsache, daß die Barrikadenkämpfer des Jahres 1848 die Vorkämpfer des modernen Deutschland gewesen sind, daß sie der geschichtlichen Entwickelung einen mächtigen Ruck nach vorwärts gegeben haben, trotz alledem und alledem. Die Gewalt und List der Einen, die Feigheit und Trägheit der Andern haben das Werk der Märzrevolution arg verwüstet, aber es ist genug übrig geblieben, um den Märzkämpfern unsterblichen Ruhm zu sichern.

Genug auch, um der heutigen Arbeiterklasse ihren Befreiungskampf zu ermöglichen. Die Waffen, mit denen sie ihren Unter-

drückern einen nachdrücklicheren Krieg machen kann, als er unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf Barrikaden geführt werden könnte, verdankt sie den Barrikadenkämpfern von 1848. Und sie allein hat dies Erbe zu hüten verstanden, so daß es trotz allen Verrats, mit dem schon die bürgerlichen Parlamente des Jahres 1848 eingesetzt haben, niemals völlig verschleudert werden konnte. Eine ununterbrochene Kette geistiger Ueberlieferung verbindet das klassenbewußte Proletariat von heute mit den Märzkämpfern von 1848; wenn sich die Mittel gewandelt haben und auch das Ziel höher gesteckt ist, der revolutionäre Geist ist derselbe geblieben.

Hat es uns die preußische Monarchie je recht gemacht, so damals, als sie die städtischen Behörden Berlins hinderte, den Märzkämpfern ein Denkmal zu errichten. Was sollte unseren glorreichen Vorfahren ein Stein, von denselben Händen errichtet, die das Werk der Märzrevolution vom ersten Tage an, und seitdem jeden neuen Tag, verraten haben? Und welchen Tadel verdient das Königtum, wenn es noch heute im tiefsten Herzen empfindet, was es in den Märztagen des Jahres 1848 zu erdulden gehabt hat, wenn es dafür sorgt, daß die wahre Bedeutung der Märzrevolution nicht verdunkelt wird? Die Gräber des Friedrichshains gehören der kämpfenden Arbeiterklasse und Niemandem sonst.

In solcher Gesinnung feiern wir den Gedenktag der Märzrevolution, als einen historischen Ehrentag, dem kein anderer Tag in der deutschen Geschichte gleicht. Ihm ragt kein Denkstein, aber er selbst ist ein Prüfstein geworden, an dem sich die Wege der Tapferen und Treuen von den Wegen der Falschen und Feigen scheiden. Spräche heute ein neuer Freiligrath im Namen der Toten, die im Friedrichshain den ewigen Schlaf schlafen, er brauchte nicht zu schelten und zu zürnen, sondern würde überall den roten Grimm erwacht sehen und würde die siegessichere Zuversicht grüßen, womit das souveräne Volk sich selbst eine glückliche Zukunft schafft.

Politische Übersicht.

Aus dem kapitalistischen Tollhause.

Eine neue Probe des Unternehmungsgeistes des deutschen kartellierten Kapitals erregt gegenwärtig beträchtliche Aufmerksamkeit in England. Es handelt sich um den Erwerb großer englischer Kohlenlager durch deutsche Kapitalisten. Das Terrain liegt bei Doncaster, in der südöstlichen Ecke der Grafschaft Yorkshire, einer erst in den letzten Jahren der Kohlenproduktion in großem Maßstabe erschlossenen Gegend, die aber mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, wie die bereits stark abgebauten nördlicher gelegenen Gruben stillgelegt werden. Das Unternehmen wurde unter dem Firmennamen Northern Union Mining Company, Limited, mit einem Kapital von 500 000 Pfund Sterling (10 Millionen Mark) letzten August in London registriert. Das Direktorium besteht aus zwei deutschen und zwei englischen Kohlenkapitalisten. Die deutschen Direktoren sind Herr Hugo Stinnes, Mülheim-Ruhr und Herr Gustav Knepper, Bochum. Das genügt wohl zu der Feststellung, daß es sich um eine Gründung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats handelt. Das Kapital wird auch, wie die Times mitteilt, überwiegend aus Deutschland geliefert. Das Terrain umfaßt 18 000 Acres Landes und soll eines der hoffnungsvollsten neuen Kohlenlager Süd-Yorkshires bergen. Es wird hier viel davon gesprochen, daß das Unternehmen durchweg die neuesten deutschen Betriebs- und Arbeitsmethoden anwenden wird, die das Syndikat in Deutschland so erfolgreich gefunden hat. Alle Maschinen und sonstiges Material sollen von der Rheinisch-Westfälischen Schachtbau-Aktiengesellschaft in Essen geliefert werden. Die in England unbekannte deutsche Gefriermethode soll angewendet werden, um das in den Sandsteinschichten befindliche Wasser von den Schächten fernzuhalten. Ferner sollen die leistungsfähigeren deutschen Fördermethoden eingeführt werden. Die Kohle ist zur Verkokung geeignet; es sollen eine eigene Verkokungsanlage und ein Betrieb zur Gewinnung der Nebenprodukte eingerichtet werden, die wöchentlich 3000 bis 4000 Tonnen Kohle verarbeiten können.

Die Kohle soll hauptsächlich dem Exportgeschäft dienen. Herr Stinnes ist übrigens schon jetzt an dem englischen Kohlenexportgeschäft beteiligt. Er hat Bureaus in London, Newcastle und anderen englischen Kohlenhandelszentren, unterhält eine eigene Linie von Dampfern und exportiert jährlich etwa 4 bis 5 Millionen Tonnen englischer Kohle nach dem Kontinent.

Gleichzeitig wird aber bekannt, daß sich andererseits auch englisches Kapital auf die deutsche Kohlenindustrie wirft. Ein englischer Kapitalist namens Dederich hat ein Anthrazitkohlenlager von 3000 Acres bei Aachen erworben. Die Ausbeute wird täglich 2000, später 4000 bis 5000 Tonnen betragen. Es besteht die Absicht, diese Kohle, die sehr guter Qualität sein soll, über Antwerpen auf den englischen Markt zu bringen.

Man glaubt in einem Tollhaus zu leben. Deutsches Grubenkapital geht nach England, um englische Kohle nach dem Festland zu exportieren; englisches Kapital nach Deutschland, um deutsche Kohle nach England zu bringen. Nur in einer Gesellschaft, die auf Privatbesitz, Konkurrenz und toller Jagd nach Profit aufgebaut ist, kann solcher Blödsinn vorkommen. Den Arbeitern machen aber die Blätter der Kapitalisten Vorwürfe daraus, wenn sie wagen, in gutem Sinne international zu sein.

Aber ungleich wichtiger als diese deutsch-englischen Beziehungen sind die Entwickelungen, die sich in der Kohlenindustrie des nordamerikanischen Kontinents vorbereiten. Die Eröffnung des Panamakanals wird die Verhältnisse im internationalen Kohlenhandel umwälzen und den Kohlenproduzenten Nordamerikas, vor allem der Vereinigten Staaten einen gewaltigen Vorsprung über ihren europäischen Konkurrenten verschaffen. In erster Linie handelt es sich um den südamerikanischen Markt. In dem Maße, wie, gefördert durch die neue Zolltarifpolitik der Vereinigten Staaten, die Einfuhr südamerikanischen Getreides und anderer Waren von großem Umfang nach den Vereinigten Staaten zunimmt, muß die Wichtigkeit des Kohlenexportes für die letzteren wachsen. Daß sich die amerikanische Kohlenindustrie auch das Bunkergeschäft am Panamakanal sichern will, das beweist der Eifer, mit dem die Amerikaner dort Kohlendepots errichten. Es liegt auf der Hand, daß diese Verschiebungen nicht nur für die europäische Kohlenindustrie, sondern auch für die europäische Schiffahrt von höchstem Interesse sind.

Das englische Kohlenkapital macht Anstrengungen, um sich gegen die drohende Gefahr zu wehren. Die auffälligste Tätigkeit entfaltete der bekannte südwalisische Kohlenmagnat D. A. Thomas, das Haupt des Cambrian Coal Combine, der einzigen großen trustartigen Kapitals- und Industriekonzentration, die der englische Kohlenbergbau bisher aufzuweisen hat. Vor kurzem wurde bekannt, daß Herr Thomas große Eisenbahnbauten in Kanada finanziert, um dort neue Kohlenfelder zu erschließen. Nun ist er nach den Vereinigten Staaten gereist, wo er Kohlenlager in West-Virginia und im New-River-Gebiet erwerben will, in dem Dampfkohle produziert wird, die an Qualität nur wenig hinter der walisischen zurücksteht. Auf diese Weise will der walisische Trust sich für die Zeit nach der Eröffnung des Panamakanals einen Anteil am amerikanischen Exporthandel sichern und ein Mittel gewinnen, um die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Kohle möglichst zu erhalten. Wie es heißt, sind an den Plänen Thomas auch festländische Kohleninteressenten beteiligt.

Deutschland.

Die antipolnische Milliarde.

Alljährlich wird dem preußischen Landtag eine Denkschrift über die Erfolge der Ansiedlungspolitik in den polnischen Provinzen übergeben. Die über das Jahr 1913 ist soeben dem Abgeordnetenhaus zugegangen. Darin ist nun zu lesen: „In der Zeit von 1886 bis Ende 1913 sind aus dem Ansiedlungsfonds ausgegeben worden 913 872 000 Mark, der Ueberschuß der Ausgaben über die Einnahmen ist mithin 621 316 000 Mark."

Also beinahe eine Milliarde für die — nicht erreichte Verpreußung der Polen! Und wem ist dies Geld zugeflossen? In der Hauptsache preußischen Junkern und anderen Großagrariern derselben Gesinnung. Darüber sagt die Denkschrift: Mit den Erwerbungen aus den Vorjahren umfaßt der Landerwerb der Ansiedlungskommission am Schlusse des Jahres 1913 insgesamt 438 560 Hektar, die 448 989 949 Mark gekostet haben. Hiervon stammen aus deutscher Hand 568 Güter und 337 Bauernwirtschaften mit einer Fläche von 313 657 Hektar, aus polnischer Hand nur 210 Güter und 257 Bauernwirtschaften mit einer Fläche von 124 903 Hektar. Die aus deutscher Hand erworbenen Güter betragen somit 72 vom Hundert, die aus polnischer Hand erworbenen Güter nur 28 vom Hundert. Der Gesamterwerbspreis für 1913 betrug 1821 Mark gegen 1400 Mark für den Hektar im Vorjahre.

Das ist die rechte und den Junkern wohlgefällige Politik! Für immer höher steigende Preise kauft ihnen die Ansiedlungskommission ihre Güter ab und schafft ihnen so enorme Profite. Kein Wunder, daß sie für diese „Förderung des Deutschtums" schwärmen, zumal ja auch die Polen ihrerseits Ansiedlungspolitik treiben und ebenfalls zu hohen Preisen deutsche Besitzungen kaufen. Es ist herrlich, in der Polakei Eigentümer einer Landfläche zu sein, wenn der „nationale Kampf" durch Ueberbietung für Grundstücke geführt wird.

Eine bestellte Arbeit?

Aus Berlin wird berichtet, daß in einer Nacht das Kaiser-Friedrich-Denkmal vor dem Charlottenburger Schloß an mehreren Stellen mit der Aufschrift „Rote Woche" versehen worden sei. Die mit rotem Anilinfarbstoff aufgetragenen Worte hätten erst nach vieler Mühe entfernt werden können. Auch an vielen Häusern Charlottenburgs und anderer Berliner Vororte seien in derselben Nacht mit roter Farbe die Worte „Rote Woche" angemalt worden. Auch in Berlin sei an verschiedenen Stellen der Versuch gemacht worden, das Manöver zur Ausführung zu bringen, die Polizei habe aber den Unfug verhindert. Es seien 50 Personen verhaftet worden, die sich angeschickt hätten, die Häuser zu beschmieren. Der Polizeipräsident von Charlottenburg habe 1000 Mark Belohnung für die Ergreifung der Täter ausgesetzt.

Man wird zunächst abwarten müssen, was an diesen bürgerlichen Meldungen wahr ist. Mit Recht schreibt der Vorwärts, daß das Beschmieren von Denkmälern zu bedauern sei, denn diese ständen unter dem Schutze der Oeffentlichkeit. Eigenartig ist jedoch, daß auf die Ergreifung der Täter 1000 Mark Belohnung ausgesetzt worden sind. So viel bietet man sonst nur aus, wenn man Mordtaten und andere Kapitalverbrechen aufhalten will. Sollte es sich etwa um bestellte Arbeit handeln? In Preußen ist ja alles möglich.

Der Jagdausflug des Kronprinzen.

Die Nationalliberalen haben die Anregung gegeben, zu der Reise des Kronprinzen nach Afrika aus Reichsmitteln 200 000 Mark zu bewilligen. Die Sache war so gedacht, daß die bürgerlichen Parteien sich auf einen Initiativantrag einigen sollten, um dem Kronprinzen die 200 000 Mark als eine freiwillige Gabe des Reichstags zu überreichen. Das Liebeswerben der Nationalliberalen hat aber offenbar wenig Erfolg gehabt, denn jetzt verlautet, die Regierung werde dem Reichstag eine Vorlage zugehen lassen, in der 200 000 Mark Zuschuß zu den Reisekosten des Kronprinzen gefordert werden. — Die Regierung sollte sich überlegen, ob sie dem Kronprinzen damit nicht einen regelrechten Bärendienst erweisen wird, denn es ist selbstverständlich, daß bei der Debatte die Person des Kronprinzen nicht aus dem Spiel gelassen werden kann. Denn für ihn wird ja das Geld verlangt. Der Kaiser hat seine Auslandsreisen stets aus seiner Tasche bezahlt, und der Kronprinz ist so reich, daß nicht der mindeste Anlaß dazu vorliegt, ihm aus den Mitteln der Steuerzahler 200 000 Mark zu bewilligen. Die Reise dient schließlich in der Hauptsache der Jagd, denn von einer Studienreise kann schon deshalb keine Rede sein, weil der Kronprinz dort eben nur das zu sehen bekommt, was ihm die Beamten zu zeigen für gut befinden. Aus diesem Grunde kann auch nicht etwa gesagt werden, daß die Reise des Kronprinzen im Interesse des Reiches gelegen sei.

Die Kirche hat einen guten Magen.

In Dortmund haben die sozialdemokratischen Stadtverordneten seit Jahren gefordert, daß den ärmsten Bürgern der Stadt, die zu den fingierten Steuersätzen von 2,40 und 4 Mark veranlagt sind, auch der kommunale Steuerzuschlag erlassen werden soll. Soweit über sozialdemokratische Anträge abgestimmt wurde, haben die Zentrumsstadtverordneten dagegen gestimmt. In diesem

Der Mann mit der Teufelsfratze.

Von [illegible] Sladen.

Es war noch nicht so sehr spät am Abend, doch dichtes ziehendes Gewölk machte die Erde finster. Dem Winde entgegen, der von der Themse herbrauste, stapfte schweren schnellen Schrittes ein Mensch.

Es bedurfte eines besonderen Blickes, um das Geschlecht des Menschen zu erkennen, denn er trug einen Mantel, der bis auf die Erde reichte — wie ein Frauenmantel, und hatte die Kapuze tief in die Stirn gezogen. Doch die Schritte des Menschen waren stark und wuchtig wie kein Weib schreitet. Und wer es der Mühe wert fand, einen Blick in das halbverhüllte Gesicht zu werfen, würde zwar dieses nicht erkannt, jedoch bemerkt haben, daß der Mensch eine kurze Tabakspfeife im Munde hielt, er war demnach ein Mann.

Als er um die Ecke der Queens Road in die Chelsea Bridge Road einbog, traf er mit einem Manne heftig zusammen.

[illegible]

„Brompton, willst du den [illegible]"

„[illegible] — Pole —"

[illegible]

[illegible]

„Richtig, [illegible] Du [illegible]

[illegible]

„Du [illegible] Hand [illegible] — oder so was —"

[illegible]

Richtig, [illegible] Du [illegible] Namen [illegible] Welt [illegible] zu finden.

„[illegible]"

„Na ja, laß nur gut sein. Aber was war's doch gleich, das den schönen Namen Everhard Brompton populär machte?"

„Ich holte ein junges Mädchen aus den Flammen — aus dem dritten Stock."

„Richtig — Donnerwetter — wie kamst du eigentlich dazu, wegen einer wildfremden Person solchen Edelmut zu beweisen?"

Brompton lachte rauh auf.

„Edelmut — Unsinn! Ich war betrunken."

„Na, höre, das ist beim Teufel nicht die Tat eines Betrunkenen."

„Doch, Alkohol macht mich zum Prahlhans. Mir lag gar nichts an dem schreienden Geschöpf in der brennenden Fensterhöhle — aber ich wollte dem glotzenden Pöbel imponieren — reiner Wahnsinn!"

„Oho, Freund, das war kein Wahnsinn, denn du rettetest ein Menschenleben."

„Um das meinige zu ruinieren!" schrie Brompton auf. „Sieh mich an!"

Er riß die Kapuze vom Gesicht — und Pole, der erstaunt aufblickte, prallte entsetzt zurück.

„Tausend —! Wie kam das?"

„Ein glühender Telephondraht! Ich sah nichts vor Rauch und [illegible] — bog mich von der Leiter in das brennende Fenster hinein — hob das Mädel heraus — ihre Kleider wollten gerade Feuer fangen. Und da — als ich mich herumdrehte — da legte sich mir der glühende Draht übers Gesicht—"

Ein heiseres Winseln brach seine Worte ab — wie ein Krampf ging es durch seinen Leib, vom Gesicht bis in die Füße, und krümmte seine Finger zusammen, wie die Krallen eines Geiers — es war, als zittere der ungeheure Schmerz noch einmal durch sein Nervensystem.

„Donn — das ist schrecklich!" murmelte Pole. „Warst früher ein verteufelt hübscher Bursche, Brompton —"

„Und nun ein Scheusal," schrie der andere auf, in einem Ton, als wenn ein Hund aufheult. Dabei rötete sich das hagere Gesicht, und die gräßliche Narbe, die sich von der Stirn quer über das Gesicht bis zum Halse hinzog, begann zu brennen.

Es war das Antlitz eines Dämonen.

„Hm, hm, hm — das nenne Malör! — Armer Teufel — und — was sagt deine Braut?"

„Ich bin auf dem Wege zu ihr. — Sie hat heute Geburtstag."

Damit reichte Brompton dem andern die Hand und zog dann die Kapuze wieder über die Stirn.

Dann ging er. Pole blickte ihm kopfschüttelnd nach.

„Na — das Wiedersehen! — Armer Teufel!"

Dann ging auch er.

— — — — — — — —

Vor einem hübschen Hause am Warwick-Square zog Brompton die Klingel. Das Mädchen, das die Tür öffnete, maß ihn mit einem mißtrauischen Blick.

„Miß Ethelton zu sprechen?"

„Wen soll ich melden?"

„Everhard Brompton — kennen Sie mich denn nicht mehr?"

Das Mädchen machte ein dummes Gesicht und ging. Gleich darauf tönte auf der Treppe helles Lachen, eine lichte Gestalt flatterte durch das Dämmerlicht des Flurs und lehnte sich lachend und schluchzend an die regungslose, finstere Gestalt im Mantel.

„O Everhard — wie lieb, daß du kommst! — du böser Junge, warum bringst du mir zum Geburtstag kein Bukett? — Ach, ich war so oft im Hospitel, doch man wollte mich nicht zu dir lassen. Und du sagst nichts, gibst mir nicht einmal einen Kuß — o Everhard —."

„Ich muß mit dir reden, Nell."

„Reden —? Ja doch, komm in den Salon."

„Zu den Festgästen —? Danke sehr, ich muß mit dir allein sprechen."

„Ach, daß du mir wieder mein Kleid zerdrückst, du wilder Mensch! — So komm hier herein."

Sie zog ihn in ein kleines Gemach und drehte an dem Knopf der elektrischen Lichtleitung. Dann trat sie lachend zu ihm und zog ihm die Kapuze aus der Stirn —

Und das Lachen erstarb in ihren Augen und auf ihren Lippen — aus ihren Wangen wich alles Blut — entsetzt vor dem Menschen, der ihr gegenüberstand, regungslos, die Arme auf der Brust gekreuzt mit einem zuckenden Flammenzeichen im Gesicht, wich sie zurück bis zur Wand — —

Dann stieß sie einen Schrei aus und wurde ohnmächtig.

Menschen kamen gerannt. Der Vater, die Mutter, Dienstmädchen, Festgäste —

Und alle entsetzten sich vor dem Menschen, der da inmitten des Zimmers stand — bewegungslos wie eine Bildsäule — mit dem zuckenden Mal im Gesicht gleich dem Geißelstreich eines rächenden Gottes.

Alle kannten Brompton und alle wußten, woher dieses Mal. Alle hatten ihn gepriesen und [illegible] Himmel erhoben für seine Tat.

Doch nun er mitten unter ihnen stand, blieben alle stumm. Sein Gesicht war auch zu gräßlich, zumal in diesem Augenblick, wo teuflischer Hohn und tödliche Wut in seinen Mienen zuckten.

Und einer nach dem andern verschwand.

Dann waren nur noch zwei im Zimmer — Brompton und der alte Herr, der sein Schwiegervater werden sollte.

„Ihre Tat war sehr edel — sicherlich, lieber Brompton — Sie glauben gar nicht, wie ich Sie bewundere! — Sie verdienen öffentliche Ehrung — einen Orden — ja, ja. — Aber — sehen Sie meine Tochter — das arme Kind — mit ihrem sensiblen Schönheitsgefühl — Sie sehen ja die Wirkung — hm, hm —"

Und als dem alten Herrn die Worte ausgingen, begann er verlegen die Daumen umeinander zu drehen. — — —

(Schluß folgt.)

Beilage zur Volkswacht

Nr. 22. | Danzig, den 18. März 1914. | 5. Jahrgang.

Gemeindewahl im Zeichen der Pickelhaube.

Eine Wählerversammlung.

Die von den Ohraer Heinzelmännchen geklebten Plakate scheinen dem größeren Teil der Einwohnerschaft nicht unangenehm gewesen zu sein. Von einigen Ausnahmen abgesehen, ließ man sie in Frieden hängen. Am Sonnabend Vormittag eilten zwei Arbeiter mit einem Kübel voll Seifenlauge und einem mächtigen Schrubber bewaffnet, durch die Straßen Ohras — der Herr Amtsvorsteher ließ die bösen Plakate entfernen. Tags darauf verteilten unsere Genossen 1000 Exemplare der letzten Volkswachtnummer. War so schon für Unterhaltungsstoff gesorgt, so wurde die Situation noch interessanter, als mit dem Nachmittag die Stunde der Versammlung herannahte. So viel Sicherheitsbeamte hat Ohra lange nicht gesehen. Die Ohraer Polizeiarmee war in einem Bahnwärterhäuschen, das in der Nähe des Versammlungsortes liegt, kriegsbereit zusammengezogen. Ein wenig weiter patrouillierten zwei Danziger Polizeibeamte auf und ab. Zwei Gendarmen lagen in Deckung hinter dem Bahndamm, der das Grundstück des Genossen Saletzki begrenzt. Alle diese ungewöhnlichen Vorgänge erregten die Neugierde manchen Mannes, dem sonst die Bierbank lieber als die Sorge ums öffentliche Wohl ist. Da nun gar noch Amtsvorsteher Lind sich in höchsteigener Person zur Ueberwachung der Versammlung auf den Weg machte, stieg die Spannung ob der Dinge, die da kommen sollten, aufs höchste.

Als Genosse Thomas die Versammlung eröffnete, waren mindestens 400 Personen anwesend. Noch niemals tagte in Ohra eine so stark besuchte Versammlung und Genosse Leu, der Referent, sprach wohl allen Proletariern aus der Seele, als er den Herren Meschke und Lind für ihre freundliche Mitwirkung bei der Agitation den Dank der Arbeiterschaft abstattete. Dann ging Genosse Leu die einzelnen Phasen des Wahlkampfes durch, zerpflückte die im Bürgerverein von dem Maler Nagurski und dem Kaufmann Hoppenrath über unsere Partei vorgetragenen Salbadereien und schloß unter dem Beifall der Anwesenden mit einem warmen Appell zur Wahl unserer Kandidaten.

Nun sollten die Herren Nagurski und Hoppenrath das Wort erhalten. So laut Genosse Thomas indes auch die Beiden nach der Rednertribüne einlud, es war vergeblich. Die Herren kniffen. Sie waren trotz brieflicher Einladung nicht erschienen. Genosse Brill begann dann mit seinen Ausführungen. War schon vorher Herrn Lind auf seinem Sitze zuweilen sehr unbehaglich geworden, so steigerte sich die Nervosität des Herrschers von Ohra während der Rede Brills noch mehr. Dieser führte zunächst die Aeußerung eines Polizeibeamten an, der erklärt hatte, er habe sich von Berlin

einen Revolver

schicken lassen und der würde höchstwahrscheinlich **heute noch Arbeit bekommen.** Unter stürmischen Entrüstungsrufen der Versammlung legte Brill gegen Provokationen dieser Art Protest ein. Dann beschäftigte sich Genosse Brill mit der Person des Herrn Amtsvorstehers und nahm später Herrn Meschke unter die Lupe. Einen ganz neuen Fall vermochte der Redner dem Sündenkonto Meschkes hinzuzufügen: Etwa vor einem Jahre verübte ein junger Mensch einen Einbruch in die Ostbahn. Er wurde durch den Polizeisergeanten Radtke verhaftet und in das Ohraer Gefängnis gebracht. Meschke brachte den Inhaftierten in der Nacht zu Mathesius und dieser hat ihn dann

mit einem Gummischlauch verprügelt.

Nach Brill sprach unser Redakteur Schröder, der sich eingehend mit dem Polizeisumpf beschäftigte. Herr Lind hat während der Reden Brills und Schröders sicher die Meinung, die er bisher von seinem getreuen Diener Meschke hegte, ein wenig korrigiert. Diesem guten Manne muß das Gewissen wohl keine Ruhe gelassen haben. Er besaß die Dreistigkeit, **sich in die Versammlung einzudrängen** und glossierte die Ausführungen Schröders in seiner Art. Genosse Leu wies unter Berufung auf sein Hausrecht den Herrn vom Platz. Allerlei unverständliches Zeug vor sich hinmurmelnd

räumte Meschke widerwillig das Feld.

Mit einem Hoch auf die sozialdemokratische Partei schloß Genosse Thomas die würdig verlaufene Versammlung. In größter Ruhe und Ordnung verließen die Teilnehmer den Platz. Das Polizeiaufgebot bekam keine Arbeit.

* * *

Herr Mathesius rückt aus!

Herr Mathesius war bisher in der zweiten Abteilung gewählt. Dort scheint es ihm aber nicht mehr ganz geheuer zu sein. Er hat sich nun in der ersten Abteilung aufstellen lassen, wo die Gefahr, womöglich einem einfachen Maurer zu unterliegen, nicht besteht. Ein Gemeindeverordneter, der dies Amt seit zwölf Jahren bekleidete, mußte, so erzählt man sich, unfreiwillig für Mathesius Platz machen. Ohras Hautevolee will eben um jeden Preis beliebt werden. Uns kann es recht sein. Für die Arbeiter der zweiten Abteilung heißt es mit aller Kraft für den Sieg ihrer Kandidaten **Haase** und **Schmode** agitieren.

* * *

Was dachte Herr Lind eigentlich?

Nach Schluß der Redaktion erfahren wir, daß während der Versammlung am Sonntag die **Danziger Polizeiwache auf Stadtgebiet ungewöhnlich verstärkt war. 20 Schutzleute** standen zur Attacke auf die Arbeiterschaft bereit. Was sollte das bedeuten? Hatte man Furcht, daß die Ohraer Arbeiter das Rathaus nach der „Ostbahn" tragen würden?

* * *

Arbeiter bewahrt kaltes Blut!

Kein größerer Gefallen könnte den Feinden der Arbeiterschaft geschehen, als wenn es am Wahltage zu Ausschreitungen käme. Der Sonntag hat gezeigt, was gewisse Leute wünschen: Eine Gelegenheit, die bewaffnete Macht auf das Proletariat loszulassen. Darum die ständigen Provokationen. **Arbeiter, meidet am Wahltage strenge den Schnaps. Bewahrt kühles Blut und folgt dem Rate eurer Führer.** Jeder Tropfen Arbeiterblut ist zu kostbar, als daß er für Leute von der Art eines Meschke und Mathesius vergossen werden dürfte. Es ist vorauszusehen, daß die Wahleinrichtungen Herrn Linds gegenüber dem Andrange der Wähler versagen werden. Man wird Gendarmen aufbieten, um das, was man selber versäumte, auf diese Art wieder „gut" zu machen. Arbeiter, seid so besonnen und ruhig, wie das am Sonntag der Fall war. Es gilt die dunklen Pläne unserer Feinde zu durchkreuzen, es gilt die Wahl Brills und Ortscheids zu sichern. Das System Meschke steht vor dem Zusammenbruch. Genossen, bleibt darum kühlen Bluts und tut eure Pflicht!

Das Wahlkomitee.

* * *

Was einem königstreuen Mann in Ohra passieren kann.

Ein Bahnarbeiter in Ohra erhielt ein Strafmandat von drei Mark. Der Mann bat in einem Schreiben an die Ohraer Polizeibehörde um Ermäßigung. Ehe er darauf eine Antwort erhielt, erschienen am 7. März, abends 9½—9¾ Uhr, als der Betreffende zum Dienst gegangen war und Frau und Kinder bereits schliefen, zwei Polizeibeamte vor der Wohnung. Sie klopften an Tür und Fenster und forderten von der Frau Einlaß. Die Frau erklärte, die Türe nicht aufzumachen, weil sie bereits zu Bett sei und der Mann sich im Dienst befände. Polizeisergeant Radtke erwiderte, wenn sie die Türe nicht aufmache, würde er einen Schlosser holen. Um kein Aufsehen zu erregen, ließ die Frau die Beamten in die Wohnung, erklärte aber erneut, ihr Mann sei im Dienst. Die Beamten gaben sich nicht zufrieden und **untersuchten das Bett der Frau und der Kinder.** Der zweite Beamte, den sich Radtke als „Zeugen" mitgebracht hatte, wie er äußerte, untersuchte

mit gezogenem Säbel

die andere Stube. Die Mühe blieb jedoch vergeblich. Der „schwere Verbrecher" war, wie die Frau angegeben hatte, nicht zu Hause; er befand sich im Nachtdienst der Königlich Preußischen Eisenbahn.

Der Eisenbahner, am nächsten Morgen von dem peinlichen Vorfall durch seine Frau unterrichtet, ging zum Amtsvorsteher und führte Beschwerde. Der Amtsvorsteher erklärte, **er habe den Beamten nur den Auftrag gegeben, die drei Mark einzuziehen.** Die Beamten haben also auf eigene Faust gehandelt. In Ohra dünkt sich ja die Polizei allmächtig. Da ist auch diese Episode nicht weiter verwunderlich.

* * *

Wer in die Wählerliste eingetragen ist, kann auch wählen.

Das hat nun Amtsvorsteher Lind ebenfalls eingesehen und auf den Steuermahnzetteln, die er versandte, den Passus: „Die Beteiligung an den Gemeindewahlen kann nur erfolgen, wenn die auf Sie entfallenden Gemeindeabgaben entrichtet sind", **durchgestrichen.** Ein wenig hat der Herr Amtsvorsteher aus der Versammlung am Sonntag also schon gelernt.

* * *

Ein letztes Wort.

Große Kreise der Arbeiterschaft, die mit uns sympathisieren, dann und wann auch unsere öffentlichen Versammlungen besuchen und auch bei einer geheimen Wahl den sozialistischen Kandidaten wählen, scheuen davor zurück, sich öffentlich zu uns zu bekennen. Auch in Ohra gibt es Wähler, die wirtschaftlich abhängig sind und darum nicht zur Wahl gehen wollen. Dieser Standpunkt ist eines Sozialdemokraten unwürdig. Jeder, der vom Sozialismus durchdrungen ist, muß für seine Sache kämpfen und öffentlich Farbe bekennen. Dadurch, daß unsere Kandidaten siegen, siegt ja auch seine Überzeugung.

Bei der öffentlichen Wahl haben wir auch Gelegenheit, die Kaufleute, Händler, Hausierer, Wirte und andere Leute, die ihr Einkommen von der proletarischen Bevölkerung erzielen, und die so häufig unter vier Augen eine große Portion Arbeiterfreundlichkeit zur Schau tragen, auf die Echtheit ihrer Überzeugung zu prüfen. Hier, bei der öffentlichen Stimmabgabe, mögen auch sie Farbe bekennen, ob ihre Freundlichkeit der Liebe zu unserem Idbeutel oder Sympathie für unsere Sache entspringt. Viel steht bei dieser Wahl für uns auf dem Spiel. Arbeiter heftet den Sieg an unsre Fahnen!

Kleines Feuilleton.

4 (Schluß).

Die belgische Bibel.

Die Belagerung von Haarlem.

Uilenspiegel, Lamme und Nele hatten die Tracht der deutschen Soldaten angelegt, die, sechshundert an der Zahl, mit ihnen im Augustinerkloster eingeschlossen waren.

„Heute müssen wir sterben," sagte Uilenspiegel ganz leise zu Lamme.

Und er schloß den reizenden Körper Neles, die vor Angst zitterte, an seine Brust.

„Ach, mein Weib," sagte Lamme, „ich werde dich nimmermehr sehn. Aber vielleicht könnte uns unsere Tracht der deutschen Soldaten das Leben retten?"

Uilenspiegel schüttelte das Haupt, um zu zeigen, daß er an keine Gnade glaube.

„Ich höre keinen Lärm einer Plünderung," sagte Lamme.

Uilenspiegel antwortete: „Nach dem Uebereinkommen haben die Bürger die Plünderung und ihr Leben um die Summe von zweihundertvierzigtausend Gulden abgekauft. Einmalhunderttausend Gulden müssen sie bar in zwölf Tagen bezahlen, den Rest drei Monate später. Den Frauen ist befohlen worden, sich in die Kirchen zurückzuziehen. Ohne Zweifel gehn sie daran, mit dem Gemetzel zu beginnen. Hörst du sie Schafotte nageln und Galgen errichten?"

„Ach, wir müssen sterben," sagte Nele, „ich habe Hunger."

„Ja," sagte Lamme leise zu Uilenspiegel, „der Blutherzog hat gesagt, daß wir, wenn wir hungrig sind, williger sein werden auf unserm letzten Gange."

„Ich habe solchen Hunger," sagte Nele.

Am Abende kamen Soldaten und teilten Brot für sechs Mann aus.

„Dreihundert wallonische Soldaten," sagten sie, „sind auf dem Markte gehenkt worden. An euch kommt auch bald die Reihe. Es ist ein alter Ehebund zwischen Geusen und Galgen."

Am nächsten Abend kamen sie wieder mit ihrem Brot für sechs Mann.

„Vier große Bürger," sagten sie, „sind enthauptet worden. Zweihundertneunundvierzig Soldaten sind zu zwei und zwei zusammengebunden und ins Meer geworfen worden. Die Krabben werden fett sein heuer. Ihr seht nicht mehr gut aus, seit dem 7. Juli, daß ihr hier seid. Sie sind Schlemmer und Demmer, diese Niederländer; wir Spanier haben mit zwei Feigen vollauf genug zum Nachtmahl.

„Daher kommt es also," antwortete Uilenspiegel, „daß ihr überall bei den Bürgern vier Mahlzeiten haben müßt von Fleisch, Geflügel, Süßigkeiten, Wein und eingemachten Früchten und daß ihr Milch braucht, um die Leiber eurer Mustachos zu waschen, und Wein, um die Hufe eurer Pferde zu baden?"

Am 18. Juli sagte Nele: „Ich habe feuchte Füße; was ist das?"

„Blut," sagte Uilenspiegel.

Am Abende kamen die Soldaten wieder mit ihrem Brot für sechs.

„Wo der Strick nicht genügt," sagten sie, „verrichtet das Schwert das Geschäft. Dreihundert Soldaten und siebenundzwanzig Bürger, die aus der Stadt haben ausreißen wollen, wandern jetzt der Hölle zu, ihre Köpfe in den Händen."

Am nächsten Tage kam das Blut von neuem ins Kloster. Die Soldaten kamen nicht, um Brot zu bringen, sondern nur um die Gefangenen zu betrachten, indem sie sagten: „Die fünfhundert Wallonen, Engländer und Schotten, die gestern geköpft worden sind, sahen besser aus. Die hier haben sicherlich Hunger; aber wer soll denn Hungers sterben, wenn nicht der Geuse?"

Und wirklich, bleich, hohläugig, abgezehrt und in Fieberschauern zitternd, glichen sie Gespenstern. Am sechszehnten August, um fünf Uhr abends, traten die Soldaten lachend ein und gaben ihnen Brot, Käse und Bier. Lamme sagte: „Es ist das Henkersmahl." Um zehn Uhr kamen vier Fähnlein. Die Hauptleute ließen die Klostertore öffnen und befahlen den Gefangenen, in Viererreihe den Pfeifern und Trommlern zu folgen bis es Halt heiße. Manche Straßen waren rot; und sie zogen aufs Galgenfeld.

Hie und da waren die Wiesen durch Blutlachen besudelt; rund ums Mauerwerk war alles voll Blut. Die Raben kamen in großen Wolken von allen Seiten; die Sonne verbarg sich in einem Bette von Dunst, der Himmel war noch hell und in seinen Tiefen erwachten furchtsam die Sterne. Plötzlich vernahmen sie ein jammervolles Heulen.

Die Soldaten sagten: „Die da schreien, sind die Geusen vom Außenwerke Fuike; man läßt sie Hungers sterben."

„Auch wir," sagte Nele, „auch wir gehn in den Tod."

„Die Asche schlägt an mein Herz," sagte Uilenspiegel.

„Ah," sagte Lamme auf vlämisch — die Soldaten des Geleits verstanden diese kühne Sprache nicht — „ah, wenn ich diesen Blutherzog in meiner Gewalt hätte und ihn zwingen könnte, alles zu fressen, bis ihm das Fell platzt, die Stricke, Galgen, Folterbänke, Gewichte und spanische Stiefel, wenn ich ihn zwingen könnte, all das Blut zu saufen, das er vergossen hat, und auch das, das herausspritzen müßte aus seiner durch Stockschläge zerfetzten Haut und aus seinen mit Eisenstangen aufgewühlten Gedärmen, und wenn er dann noch immer nicht verrecken wollte, ich risse ihm das Herz aus der Brust und gäbe es ihm roh und giftig zu fressen. Dann führe er sicherlich in den Höllenschlund, wo ihn der Teufel zwingen könnte, es zu fressen und wieder zu fressen. Und also die ganze lange Ewigkeit."

„Amen," sagten Uilenspiegel und Nele.

„Andere als wir werden das Land Flandern befreien," sagte Uilenspiegel. „Die Nacht wird schwarz, die Soldaten zünden Fackeln an. Wir sind beim Galgenfelde. O, süßes Herz, warum bist du mir gefolgt? Hörst du nichts, Nele?"

„Ja," sagte sie, „Waffengeklirr im Korn. Und da, über diesem Hügel, der den Weg beherrscht, den wir betreten, siehst du den Stahl blitzen im roten Widerschein der Fackeln? Ich sehe die Feuerpunkte von Arkebusenlunten. Schlafen denn unsere Wächter oder sind sie blind? Hörst du den Donnerschlag? Siehst du die Spanier fallen, durchbohrt von den Kugeln? Hörst du es: Heil den Geusen! Im Lauf ersteigen sie den Pfad, die Pike voran; sie kommen mit Aexten herunter den Hang entlang. Heil den Geusen!"

„Heil den Geusen!" schreien Lamme und Uilenspiegel.

„Da sieh," sagt Nele, „Soldaten geben uns Waffen. Nimm, Lamme! Nimm, Geliebter! Heil den Geusen!"

„Heil den Geusen!" schreit die ganze Schar der Gefangenen.

„Die Arkebusen hören nicht auf zu schießen," sagt Nele, „sie fallen wie die Fliegen, beleuchtet, wie sie sind durch den Fackelschein. Heil den Geusen!"

„Heil den Geusen!" schreit die Schar der Retter.

„Heil den Geusen!" schreien Uilenspiegel und die Gefangenen. „Die Spanier sind in einem Kreise von Eisen! Tod! Tod! Niemand hält mehr stand! Tod! Kein Erbarmen, der Krieg kennt keine Gnade. Und nun packen wir uns fort nach Enkhuizen. Wer hat die Tuch- und Seidenkleider der Henker? Wer hat ihre Waffen?"

„Alle, alle" schreien sie „Heil den Geusen!"

Und wirklich gewinnen sie auf einem Boote Enkhuizen. Dort verbleiben sie mit den befreiten Deutschen, um die Stadt zu hüten.

Und Lamme, Nele und Uilenspiegel finden ihr Schiff wieder. Und von neuem singen sie auf dem freien Meere: „Heil den Geusen!"

Und sie kreuzen auf der Reede von Vlissingen.

* * *

Aus naheliegenden Gründen wählten wir für den Abdruck Kapitel ernsten Inhalts. Wie aber vorhin schon angedeutet: auch der Humor nimmt im Uilenspiegel einen breiten Raum ein.

Was den Reiz des Buches erhöht, ist die stilistische Meisterschaft, die de Coster bei der Abfassung bewies und die dem Buch bei Literaturkennern den Namen: Die belgische Bibel eintrug. Fast jedes Kapitel ist eine kleine Erzählung, die für sich abgeschlossen ist und auch ohne Zusammenhang mit dem Ganzen unser Interesse fesselt. Und wiederum fügen sich diese einzelnen Bilder so harmonisch an einander, daß nirgendwo der Eindruck einer Lücke oder unkünstlerischer Darstellung entsteht. Unter den Schwänken Uilenspiegels, die sich in der ersten Hälfte der Erzählung finden, ebenso in der Hetzpredigt des Broer Adriaensen, sind einige Stellen von großer Drastik. Eine „gebildete" Dame würde dergleichen wohl errötend als roh und unästhetisch überschlagen. Lieber

Aus Westpreußen.

Danzig.

Das bisherige Ergebnis der roten Woche in Danzig:
Es wurden gewonnen: 450 Volkswachtabonnenten,
" " " 165 männliche Parteimitglieder
" " " 135 weibliche "

Das Resultat ist noch nicht endgültig, da noch einige Bezirke ausstehen.

Sozialismus und bürgerliche Weltanschauung.

Unsere rote Woche erhielt einen würdigen Abschluß durch die voll besuchte Volksversammlung, die am Sonntag Nachmittag im Bürgergarten in Schidlitz stattfand. Genosse Marckwald-Königsberg referierte über das eingangs genannte Thema, das er als wissenschaftliche Betrachtung behandelte. Er ging davon aus, daß der Kampf der Sozialdemokratie sich nicht in der gegenwärtigen Hebung der Lage der Arbeiterklasse erschöpfe. Der Sozialismus sei das Ziel unseres Strebens. Zu seiner Erkenntnis führe die proletarische Weltanschauung. Die besondere Weltanschauung des Proletariats scheine manchem nicht notwendig. Er sähe wohl die wirtschaftlichen und politischen Gegensätze, lasse sie für das Bild, das sich der Einzelne von der Welt und den Geschehnissen in ihr vorstelle, nicht gelten. Dabei hänge aber der Eindruck eines Gemäldes nicht nur von diesem, sondern vorwiegend von dem Standpunkt des Beobachters ab. So komme der Gegensatz zwischen Proletariat und Bourgeoisie auch zum Ausdruck in der gesamten Weltanschauung. Um sie zu würdigen, komme man zur Betrachtung folgender Einzelheiten: der Naturauffassung, der Gesellschafts- oder Geschichtsauffassung und schließlich zu der Frage nach dem Sinn des Lebens. In der Naturauffassung gingen die Ansichten nicht so weit auseinander, wie in der Weltauffassung. Auch der Bourgeois, dessen Macht auf der Beherrschung der Natur durch den Menschen beruhe, glaube nicht mehr an die theologische Lehre von der willkürlichen Umgestaltung der Welt durch einen Gott. Die Weltanschauung sei mannigfaltiger. Es gäbe die theologische, die subjektiv-ideologische, die objektiv-ideologische und schließlich die historisch-materialistische.

Nach der theologischen Anschauung sei Gott auch die treibende Kraft in der Menschheit. Die ideologische Anschauung spreche diese Rolle den Ideen Einzelner oder ganzer Gruppen zu, ohne zu erklären, woher diese Ideen gekommen seien und wie sich ihre Wirkung erkläre. Die materialistische Anschauung werde, besonders von den zentrümlichen Christen, als Bekenntnis des rohen Sinnengenusses verketzert. Diesen Inhalt habe sie aber nicht. Sie stelle fest, daß die materiellen Existenzbedingungen der Menschheit die treibende Kraft ihres Fortschritts seien.

Die Frage nach dem Sinn des Lebens werde nicht dadurch beantwortet, daß der einzelne für sich sorge. Sie erschöpfe sich auch nicht in der liebevollen Fürsorge für Angehörige und Kinder. Auch diese seien sterblich und damit würde der Sinn des Lebens zu wenig wertvoll sein. Unsterblich fülle nur der sein Leben aus, der für die Gesamtheit strebe und kämpfe. Das sei der Inhalt des proletarischen Klassenkampfes, der über die Niederwerfung der herrschenden Klassen hinaus zur Versöhnung der gesamten Menschheit führe. Dem Schlachtruf: Proletarier aller Länder, vereinigt euch! werde unter dem sieghaften Banner des Sozialismus der flammende Friedensruf folgen: Seid umschlungen, Millionen, diesen Kuß der ganzen Welt!

Dem lebhaften Beifall der Zuhörer ließ Genosse Sellin eine Betrachtung des Ergebnisses der roten Woche folgen. Dann schloß die Versammlung mit einem kraftvollen Hoch auf die revolutionäre, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Schwarzgelber Verrat der Tapezierer.

Als die Tapezierer vor drei Jahren zur Erneuerung ihres Tarifes schritten, meldete sich plötzlich eine bis dahin völlig unbekannte „christlich-nationale Tapezierer-Gewerkschaft". Als ihr Vertreter brüstete sich der vom zentrumschristlichen Holzarbeiter-Verbande beschäftigte Zentrumsagitator Schopohl. Von der Größe und Macht der neuentdeckten „Organisation" fabelte er Unendliches. Ueber die Zahl der Mitglieder verriet er aber nichts. Dafür forderte er einen besonderen Arbeitsnachweis für die Schwarzen! Dieses Aushungerungsbureau mußte der Verband der Tapezierer, der über 90 Prozent der Berufsangehörigen umfaßte, selbstverständlich ablehnen. Nun ging das schwarze Schimpfen, unter Führung von Schopohl und Schümmer, über „den sozialdemokratischen Hungerstreik der Tapezierer" nicht nur in Danzig, sondern in ganz Deutschland los. Aber diese unverschämte Vergewaltigung der Wahrheit nutzte nichts. Auch das „christliche" Angebot an die Arbeitgeber, die nötigen Arbeitswilligen zur Erzwingung des Maßregelungsbureaus zu liefern, blieb erfolglos. Schließlich setzte der Verband doch eine annehmbare Verbesserung des Tarifes durch. Selbst die Neuesten Nachrichten sagten den blamierten Schwarzen, daß sie sich wohl über die Zahl ihrer Mitglieder selbst nicht klar gewesen wären.

Kaum hatte der Verband in diesem Jahre neue Tarifvorschläge an die Arbeitgeber, deren Vereinigung sich inzwischen aufgelöst hat, gerichtet, als sich das „christliche" Holzarbeiterverbändchen durch den Nachfolger Schopohls, Knoch, wieder an ihn mit der üblichen Forderung der „Mitbestimmung" wandte. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Schwarzen sich im Kampf der Gemeindearbeiter, um beim Magistrat beliebt zu bleiben, um diese Mitbestimmung überhaupt nicht kümmerten.

Der Tapezierer-Verband wünschte zunächst von Knoch zu wissen, wieviel Tapezierer er verträte? Nach lendenlahmen Ausflüchten, die der fromme Mann in geschmacklos unhöfliche Formen zu kleiden beliebte, gab er schließlich 15 an. Darauf stellte der Verband fest, daß höchstens 7 (!) praktisch arbeitende Tapezierer bei den Schwarzen sein könnten. Um aber hierüber und andere Punkte völlige Aufklärung zu ermöglichen, fand im Gewerbehause eine unverbindliche Sitzung zwischen Vertretern der beiden Vereinigungen statt. Hier hatte Knoch, dem der Verband inzwischen auch schon einige Höflichkeit im schriftlichen Verkehr gelehrt hatte, an den Forderungen nicht viel zu bemängeln. Vor allem wollte er aber wieder den besonderen Arbeitsnachweis für die Schwarzen.

Dabei konnte er für seine ursprünglich behaupteten 15 beruflich als Tapezierer tätigen Mitglieder nicht den geringsten Beweis liefern. Er ging dem unbequemen Nachweise, daß es höchstens nur 7 sein können, aus dem Wege. Die Verbandsvertreter mußten das schwarze Sonderbureau selbstverständlich wieder ablehnen.

Darauf begann die schwarz-gelbe „Christlichkeit" sofort mit Volldampf zu arbeiten. Wahrscheinlich schon als die Christen noch mit den Verbändlern zusammensaßen, hatten die Arbeitgeber bereits ein vom 3. März datiertes Zirkular des Knoch erhalten, das von Anfang bis Ende eine nichtswürdige Denunziation ist. Mit eiserner Beharrlichkeit wird darin die Existenz der christlich-nationalen Gewerkschaft behauptet. Ebenso wird unter absichtlicher Verschweigung der Wahrheit gesagt, daß der Verband den Schwarzen „Schwierigkeiten" gemacht habe. Das alles muß zur schöneren Begründung der Behauptung dienen, daß die Beibehaltung des seit Jahren bestehenden tariflichen Arbeitsnachweises zum **sozialdemokratischen Arbeitsmonopol** führen werde! An diese geschwollene Deklamation schließt sich die sehr durchsichtige Versicherung, daß die „christlich-nationalen Arbeiter" es niemals zugeben würden, daß „ein so wichtiges soziales Postulat einer zeitigen sozialdemokratischen Mehrheit ausgeliefert werde." Deshalb werden die Arbeitgeber scharfmacherisch angebettelt, Gerechtigkeit walten zu lassen und den bisherigen Paragraph 7 des Vertrages mit dem einzigen Arbeitsnachweis abzulehnen."

Gegen diese hinter politische Gehässigkeit und Denunziation plump versteckte Aufhetzung der Arbeitgeber erscheint selbst die gelbe Arbeitswilligkeit noch ehrenhaft. Das schon gar nicht mehr verhüllte Angebot der Lieferung Arbeitswilliger wird die organisierten Tapezierer auch jetzt nicht schrecken. Wie der schwarze Arbeitsnachweis mit Furcht und Schrecken arbeiten würde, das zeigt ihnen der christliche Inhalt dieses Judasbriefes an die Arbeitgeber. Hoffentlich besitzen diese soviel soziales Verständnis, um sich von der jesuitischen Giftmischerei nicht beeinflussen zu lassen.

Leider hat die Tarifrevision sich nicht ohne Arbeitseinstellung durchführen lassen. Etwa 40 Gehilfen haben am 7. März die Arbeit niederlegen müssen. Mit den meisten Arbeitgebern ist das Tarifverhältnis inzwischen schon auf annehmbarer Grundlage für weitere drei Jahre erneuert. **Am 14. März waren nur noch zirka zehn Gehilfen ausständig, die aber ebenfalls bald wieder in Arbeit treten dürften. So ist der schwarze Streich auch diesmal erfolgreich abgeschlagen.**

Gastwirtsgehilfen und Stellenvermittlung.

Die bereits durch eine Einsendung organisierter Gastwirtsgehilfen gekennzeichnete „nationale" Versammlung der Zentrumsschwarzen zur Einseifung der Gastwirtsgehilfen hat durchaus den Verlauf genommen, den der Einsender erwartete. Die gewerkschaftlich organisierten Gehilfen, die bisher allein mit Unterstützung der Volkswacht den Kampf gegen die monopolistische Uebermacht des hiesigen Stellenvermittlers Encke führten, waren echt „national" von dieser großen Reformaktion ausgeschlossen. Aber noch mehr war geschehen! Der freie Verband der Gastwirtsgehilfen hatte schon früher am gleichen Tage, 3 Uhr nachmittags, im Kaiserhof eine öffentliche Versammlung zur Besprechung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung veranstaltet. Als sachverständiger Referent war Kassenführer Bartel gewonnen worden. **Kurz vorher wurde das Lokal verweigert!** Der Obermeister der Fleischer-Innung, die das Lokal verpachtet hat, Fleischermeister Tiede, Röpergasse 17, soll sich zur Begründung der Abtreibung darauf berufen haben, daß die Fleischergesellen unzufrieden geworden wären, weil die Versammlung dort tagen sollte! Auch soll er sich über die politische Stellung des — Referenten mißbilligend geäußert haben. Durch diesen Terror wurde die Versammlung unmöglich gemacht!

In der „nationalen" Versammlung war auch ein Vertreter des Polizei-Präsidenten anwesend. Der erste Referent, Dr. Schmitz, schilderte die Entwickelung der Arbeitsvermittelung und erklärte sich schließlich für einen unentgeltlichen städtischen Arbeitsnachweis. Dagegen schien ihm die Arbeitslosenversicherung erst in zweiter Linie wertvoll. Die Verhinderung der Arbeitslosigkeit durch gute Organisation des Arbeitsnachweises hielt er für nötiger. Der ihm folgende schwarze Schümmer wollte in merkbarem Gegensatz zu dem Vorredner paritätische Nachweise zwischen den Vereinigungen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Dadurch würde nämlich die ebenfalls auf der Ausnützung der Arbeitslosen beruhende Stellenvermittelung des „christlich-nationalen" Deutschen Kellnerbundes erhalten und der von diesen „Christen" ständig als nicht-national denunzierte Verband der Gastwirtsgehilfen mit seinen Mitgliedern von der Arbeitsvermittelung ausgeschlossen bleiben. Im übrigen leistete sich Schümmer die in solchen Fällen bei den Schwarzen stets beliebten radikalen Reklametöne. Die Studierenden beachteten, so klagte er, der geschworene Feind des Klassenstandpunktes, häufig den Garderobenständer mehr als den Kellner. Er lehnte das Trinkgeld ab, verlangte anständige Bezahlung der Kellner und Einführung der Kündigung.

In der Debatte ging Gräfe, der Vorsitzende des Ortsvereins des Deutschen Kellnerbundes, sehr scharf gegen den Vermittler Encke los. Er kritisierte dessen monopolistisches Uebergewicht und behauptete, daß Encke im letzten Jahre **12 000 feste Stellen für je 7,50 Mark Gebühr vermittelt habe!** Den gleichen Betrag habe er nach dem Tarif auch von den Arbeitgebern nehmen sollen. Diesen habe er die Gebühr aber stets — geschenkt und sich nur von den Arbeitslosen bezahlen lassen!

Es wird eine sehr interessante Aufgabe der Steuerbehörde sein, zu prüfen, ob die Steuern, die Encke zahlt, auch diesem von ihm selbst bestätigten Einkommen entsprechen.

Nach weiteren Mitteilungen Gräfes hat der Deutsche Kellnerbund den Verein der Gastwirte am 4. Oktober ersucht, die Forderung des paritätischen Arbeitsnachweises zu unterstützen. Trotz einer am 11. Oktober abgehaltenen gemeinschaftlichen Sitzung, in der die durch die Herrschaft Enckes verursachten schweren Mißstände durch reichhaltiges Material bewiesen wurden, haben die Gastwirte neuerdings wieder abgelehnt! Weiter rügte Gräfe, daß die Aushilfskellner an Encke für die Vermittelung auch noch die auf die Wirte fallenden Gebühren mit 25 Pfg. bezahlen müßten.

Ein Mitglied des freien Verbandes G. bestätigte diese Ausführungen und betonte besonders, unter stürmischer Zustimmung, auch der Nationalen, daß **Encke sogar zu den Frauen der Kellner gegangen sei; wenn er diese fern wußte!**

Gräfe führte noch aus, daß Encke das Koalitionsrecht der Kellner nicht achte und sogar Mitglieder des Deutschen Kellnerbundes zum Austritt aus dem Verein aufgefordert habe. Für die Zustimmung habe er ihnen Arbeit versprochen.

Die Stadtverordneten Heinrich, Krause, Glashagen erklärten sich für den städtischen Nachweis.

Es wurde schließlich eine nationale Resolution von unglaublicher Länge angenommen, für die aber viele der Anwesenden **nicht** stimmten. Darin wird zunächst die Zahl der Besucher mit 200 angegeben. Das ist die übliche schwarze Uebertreibung. Es waren trotz der Riesenreklame nur etwas über 100 Personen anwesend. Sonst wendet sich die Resolution dagegen, daß die Stellenvermittelung als privates Spekulationsgeschäft betrieben wird. Sie bedauert, daß die Vermittelung in Danzig in den Händen einer Person liegt und spricht von der dadurch bedingten und durch Tatsachen bestätigten Gefahr, daß sie **zu einer ungerechten und verderblich wirkenden Ausnutzung der Stellensuchenden geworden ist.** Es wird dagegen die Hilfe der Behörden gefordert und sehr durchsichtig verlangt, daß die Gebühren für feste Stellen von 7,50 Mark auf 3,00 Mark und für Aushilfe von 50 auf 30 Pfennig herabgesetzt werden.

Zum Arbeitsnachweise nahm die Resolution überhaupt keine bestimmte Stellung. Einige Mitglieder des Verbandes beantragten deshalb die Zustimmung zur Forderung eines öffentlichen paritätisch verwalteten Facharbeitsnachweises durch die folgende Resolution:

> Die heute im Josephshause tagende Versammlung der Angestellten im Gastwirtsgewerbe erkennen an, daß die Mißstände in der Stellenvermittelung durch die Tätigkeit des gewerbsmäßigen Stellenvermittlers Encke eine Höhe erreicht haben, die nicht mehr überschritten werden könne. Sie erhofft eine Besserung dieser Mißstände nur durch die Errichtung eines städtischen Facharbeitsnachweises für das Gastwirtsgewerbe auf paritätischer Grundlage. Sie beauftragt die Vorstände der in Betracht kommenden Arbeitnehmer-Organisationen, sofort gemeinschaftlich bei den in Betracht kommenden Behörden, dem Magistrat und der Polizeiverwaltung die nötigen Schritte in die Wege zu leiten, um dieses gemeinnützige Institut zustande zu bringen.

Diese wirklich praktischen Vorschläge waren den schwarzen Reformatoren so unbequem, daß der „christliche" Vorsitzende Beutler sie gar nicht zur Abstimmung bringen lassen wollte. Schümmer erklärte sie sogar durch die schwarze Reklame für erledigt. Als die Abstimmung doch durchgesetzt wurde, stimmten sämtliche Anwesenden, auch die „Christlich-nationalen", wirklich einstimmig dafür! Wie unbequem dieser wirklich im Interesse der Kellner liegende Beschluß den schwarzen Drahtziehern ist, zeigen sie dadurch, daß sie ihn in ihren Berichten so gut wie gar nicht erwähnen, ihre langatmige Entschließung aber in vollem Wortlaut abdrucken ließen! Ihr berühmtes Westpreußisches Volksblatt unterschlägt ihn sogar vollständig, ebenso objektiv berichteten die Neuesten Nachrichten!

Den Schluß der schwarzen „Resolution" bildet ein unsäglich geschmackloses und unwahres Lob, das sich die ehrlichen „Natio-

---

[illegible]mel, das Mittelalter kannte die heutige Prüderie nicht und ge[illegible] auch in der Oeffentlichkeit ungeniert derbe Bilder, über die [illegible] Menschenkinder von heute die Nase rümpfen, obgleich wir im [illegible] Kammerlein noch immer so reden wie unsere Vorfahren. Uebrigens ist hier die Stelle, zu betonen, daß die Predigt des Broer Adriaensen sowohl wie die Schilderung des niederländischen Lebens und des Aufstandes gegen die Spanier auf jahrelangen Geschichtsstudien de Costers beruht und daß der Ulenspiegel darum großen kulturhistorischen Wert besitzt.

Wie es kam, daß ein solches Buch bisher nicht zum Volksbuch wurde? Da wirkte mancherlei mit. Das Belgien de Costers lag und liegt heute noch zum großen Teile in den Banden des Klerikalismus. De Coster, 1827 in München geboren, starb 1879 in Brüssel, ohne daß er vermocht hätte sich durchzusetzen. Zwölf Jahre vor seinem Tode war die Erstausgabe seines Buches in französischer Sprache erschienen. [illegible]

[illegible]

Martin Schröder

Nah und Fern.

Brot gesucht und den Tod gefunden. In Strehlen, im [illegible] vor etlichen Tagen zwei arme Schulkinder [illegible] auf einem Teiche bei dem [illegible] Man suchte [illegible] die Leichen der bedauernswerten Kinder. [illegible] am Abend in Ebersdorf [illegible] in der Dunkelheit ins [illegible] eines Verbrechens waren nicht zu entdecken. Das Körbchen hatten sie beim Betteln gebraucht. Die Aermsten hatten also Brot gesucht und den Tod gefunden. Während schon so blutjunge Menschenkinder vor fremden Türen betteln müssen und unter ungünstigen Umständen Opfer ihrer und ihrer Eltern Armut werden, wähnt man hoch oben, für den deutschen Arbeiter wäre gesorgt bis ins hohe Alter. Nur eigene Kraft kann die Arbeiterklasse aus geistiger und körperlicher Not befreien. Dazu aber gehört die Erkenntnis, daß der Zusammenschluß der Arbeiter in festgefügten Organisationen, [illegible]ste Werbearbeit unter den noch fernstehenden Volksgenossen und Stärkung der Arbeiterpresse die Mittel sind, die Befreiung der Arbeiterklasse vorzubereiten.

Sturz aus dem D-Zug Posen Berlin. Auf der Fahrt von Posen nach Berlin hat sich bei Posen die 26jährige Musiklehrerin Kalista Gerasimowna aus Petersburg aus dem D-Zuge gestürzt. Sie wurde schwer verletzt nach Posen zurückgebracht und ins Stadtlazarett geschafft.

Selbstmord aus Furcht vor der Untersuchungshaft. Der Arbeiter Otto Heyer, der beschuldigt wird, in Charlottenburg einen Raubüberfall begangen zu haben, ist, wie aus Eisleben gemeldet wird, in einem Walde zwischen Klosterode und Emseloh als Leiche aufgefunden worden. Bei der Leiche lag ein Zettel, in dem Heyer behauptet, nicht der Täter zu sein, sondern sich aus Furcht vor der Untersuchungshaft das Leben genommen zu haben.

Kulturarbeit. In Metz [illegible] morgen der Bergmann Derrsheim hingerichtet. [illegible] war im Jahre 1912 vom Schwurgericht wegen [illegible] begangen an einem Bergmann und einem Polizeibeamten zum Tode verurteilt. Als die Hinrichtung vorgenommen wurde, ereignete sich eine schauerliche Szene. Der Kopf hing [illegible] noch am Körper, nur die Wirbelsäule war durchgeschlagen. Darauf nahm einer der Henkersknechte sein Taschenmesser [illegible] und schnitt den Kopf vollends ab.

In der Badewanne verbrannt. Wie aus Mannheim telegraphiert wird, hat die Frau des [illegible]ischen Prüfungskommissars Kinkel auf grausige Weise Selbstmord begangen. Sie begab sich ins Badezimmer, entkleidete sich und goß dann in die Badewanne Petroleum und Benzin und zündete es an. Die Hausbewohner fanden einige Minuten später nur noch die verkohlte Leiche.

Feuersbrunst in einer nordamerikanischen Stadt. In Portland (Oregon) wurden sechs Häuserblocks durch Feuer zerstört. Auch zwei Dampfer wurden vom Feuer ergriffen und verbrannten. Der Schaden ist sehr groß.

---

nalen" um Schümmer und Beuster schon für die Einberufung dieser Versammlung selbst ausgesprochen haben! Man hat uns sogar zugemutet, diese läppische Reklame abzudrucken. Solche kindischen Täuschungsmätzchen können die Verdienste des Verbandes der Gastwirtsgehilfen im Kampfe gegen das verderbliche System Encke und die bezahlte Stellenvermittelung überhaupt nicht vermindern. Schließlich werden auch die Kellner als die berufensten Sachverständigen selbst zu entscheiden wissen, wo ehrliche Arbeit in ihrem Interesse geleistet wird und wo man sich der Früchte fremder Tätigkeit demagogisch bemächtigen möchte.

Im übrigen hoffen wir dringend, daß der Magistrat und die übrigen zuständigen Instanzen nun möglichst schnell eingreifen, um die Gastwirtsgehilfen so bald als möglich von der schweren Plage der jetzt üblichen sogenannten Stellenvermittelung zu befreien.

Wochenbericht des Statistischen Amts der Stadt Danzig.

Nr. 10. Woche vom 1. bis 7. März 1914.

1. Geburten der Vorwoche:

	lebend	tot	überh.
männlich	49	4	53
weiblich	44	2	46
zusammen	93	6	99
darunter uneheliche	20	2	22
Mehrgeburten 0 Fälle mit	—	—	—

Die unehelichen Geburten sind 22,2 %

die Totgeburten 6,1 % der Gesamtzahl.

2. Zahl der Eheschließungen: 20.

3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	Gestorben überh.	davon u. 1 Jahr
1. Kindbettfieber	—	—
2. Scharlach	3	—
3. Masern und Röteln	—	—
4. Diphtherie und Krupp	1	—
5. Keuchhusten	—	—
6. Typhus	—	—
7. Tuberkulose	8	—
7a. Krebs	6	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (ausschl. 4, 5, 7)	4	1
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	1	—
10. Gewaltsamer Tod	9	—
11. Alle übrigen Todesursachen	29	10
zusammen	61	11
darunter: männlich	27	6
weiblich	34	5

4. Meldungen von Infektionskrankheiten:
Scharlach 17, Diphtherie und Krupp 4, Unterleibstyphus 1, Kindbettfieber —, Granulose 3.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1297, davon aus Österreich 13, Rußland 8, Frankreich 3, England 2, Holland 2, Dänemark 2, Amerika 1.

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	überhaupt	darunter einzelstehende Personen männl.	weibl.
Umgezogene innerhalb der Stadt	384	356	740	209	159
Zugezogene von auswärts	221	160	381	177	106
Fortgezogene nach auswärts	286	250	536	235	180

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet
betrug die Zahl d. Geborenen einschl. Totgeburt. 28,2 (Vorwoche 27,9)
betrug die Zahl d. Sterbefälle einschl. Totgeburt. 19,1 (Vorwoche 13,4)
betrug die Zahl der Eheschließungen 5,7 (Vorwoche 6,8).

Liberale Scharfmacher. Das Herz der liberalen Arbeitgeber schlägt stets warm auch für den lieben Bruder Arbeiter, der leider nicht zu entbehren ist, wenn Kommerzienräte „Volks"-vertreter werden wollen. Um so rührender ist es, wenn freisinnige Kapitalisten die sozialdemokratische „Hetze" von der Ausbeutung der Proletarier durch die Tat widerlegen.

Am 10. März tagte der Schiffsarbeitgeberverein unter Leitung des Reeders Sieg. Der Vorstand wurde neu gewählt. Sieg blieb Vorsitzender, Reeder Siedler wurde stellvertretender Vorsitzender und Kassenführer, Kommerzienrat Unruh erster Vorsteher der Kaufmannschaft und Kaufmann Malitzke Beisitzer. Als Hauptstück der Sitzung dekretierten die Herren des Kapitals, wie die Hafenarbeiter parieren müßten. Es wurde „festgestellt", daß die Arbeiter keinen Anlaß zur Klage hätten. Wegen des schlechten Frachtenmarktes sei es den Reedern auch unmöglich, höhere Löhne zu bewilligen. Ansprüche darauf würden also abgelehnt werden!

So springen die freisinnigen Unternehmer hinter dem Rücken der Arbeiter mit deren Schicksal um. Dann wagt man noch die schlechte Geschäftslage zur „Begründung" zu nennen. Dabei ist die berühmte Transaktion der Danziger Reederei-Aktien-Gesellschaft mit nur 10 Prozent gleich 50 000 Mark Dividende und noch 250 000 Mark geschenkter Aktien erst vor wenigen Tagen festgestellt. Die Danziger Zeitung, das Leibblatt dieser Unternehmer, stellte noch in der Morgenausgabe vom 3. März fest, daß die an der ostdeutschen Schiffahrt beteiligten Reedereien im Jahre 1913 durchweg gut abgeschlossen hätten!

Es ist eben immer nur die Organisation der Arbeiterschaft, die den Kapitalisten die Einsicht von der Notwendigkeit sozialen Verhaltens beibringen kann.

Schwere Anklagen richtet nun auch der Verein der mit Privatdienstvertrag angestellten städtischen Funktionäre gegen die liberale Stadtverwaltung. Er fordert durch eine Petition die Regelung der Besoldungsverhältnisse, Erhöhung des Einkommens, Staffelung desselben nach dem Dienstalter, Übernahme der Versicherungsbeiträge durch die Stadt und einheitliche Kündigungsverhältnisse.

Zur Begründung wird geltend gemacht, daß ein unverhältnismäßig großer Teil der Beamten durch solche Privatangestellten ersetzt werden. Sie müssen in jahrelanger Tätigkeit die Arbeit der Beamten leisten und trotzdem auf alle Vergünstigungen verzichten, die diesen zustehen. Die Petition klagt beweglich, daß die Einkommen so **niedrig sind, daß diese Angestellten ihre Familien nicht ernähren können.**

Was sagten **Weinhausen** und **Naumann**, von **Münsterberg** gar nicht zu reden, als Vertreter der „Partei der Menschenrechte" gegen diesen schweren, aber nur zu berechtigten Vorwurf der Zahlung von Hungerlöhnen? Wie wahr die Klage ist, beweist allein die Tatsache, daß Privatangestellte mit zahlreicher Familie nach mehr als 15jähriger Beschäftigung gerade 125 Mark „Gehalt" pro Monat beziehen! Dieser „modernen Selbstverständlichkeit" schämt sich aber kein einziger Vertreter der dreiklassigen Blockleute im Rathause. Deshalb wird auch der Papierkorb die Antwort auf diese Petition sein.

Der erste Schritt zur Beantwortung soll bereits in der hier nicht mehr unbekannten Weise geschehen sein, daß dem Leiter des Vereins nahegelegt wurde, solche Dinge würden an höherer Stelle nicht gern gesehen.

Militaristische Politik. Die dringende Notwendigkeit, wieder einmal ein Jubiläum zu feiern, brachte es dahin, daß hier am 10. und 11. März die „Jubelfeier" des 225jährigen Bestehens des Grenadier-Regiments Nr. 5 König Friedrich der Erste begangen wurde.

Unter anderm fand am 10. März abends im Friedrich-Wilhelm-Schützenhause eine gesellige Zusammenkunft der Unteroffiziere mit Mitgliedern des Vereins ehemaliger Fünfer statt. Dabei hielt Major v. Hornhardt die erste offizielle und nicht politische Rede. Nach der Danziger Zeitung, die wegen des Jubiläums „unserer Grenadiere" in Entzücken und Wonne schwamm, machte er dabei folgende Ausführungen:

„Anhänglichkeit und Treue sei notwendig, in einer Zeit, wo innere und äußere Feinde und Neider offen und heimlich bei der Arbeit seien, um das Vaterland zu schädigen und herabzusetzen. Als Bollwerk gegen derartige zersetzende Arbeit wolle man geloben, auch weiterhin echt soldatische Gesinnung, Kameradschaft, Treue und Anhänglichkeit zu pflegen und zu bewahren."

Was der Major sagte, ist zwar nicht unpolitisch aber auch sonst als Stimmungsbild für die in Offizierskreisen sogar weit von Zabern, vorherrschenden Anschauungen sehr wertvoll.

Der „nationale" Humbug ist der Köder, mit dem das böse Gewissen der schwarzgelben Arbeiterverräter auch bei den Leuten Dumme fangen will, die von ihnen sonst als liberale Ketzer und Kirchenfeinde nach allen Regeln der jesuitischen Künste herabgewürdigt werden. Was die „christlich-nationale" Erhitzung der Schwarzen tatsächlich wert ist, plauderte am 7. März in aller Unschuld als berufenster Vertreter dieses schwarzen Schwindels das Westpreußische Volksblatt aus. Es schreibt:

„Hier in Danzig kommt noch hinzu, daß durch die blödsinnige Sozialistenfresserei der parteipolitische Mischmasch gezüchtigt wird. Man marschiert nicht mit der gelben, liberalen oder zentrümlichen Fahne in den Wahlkampf, sondern mit der nationalen Fahne. „Ob gelb, schwarz oder liberal, das ist ganz egal, wir wählen national."

So ehrlich war das Jesuitenblatt natürlich nicht, um diese überaus gelungene Charakterisierung direkt zur Wahl der Vertreter für das Versicherungsamt zu schreiben. Diese Sätze befinden sich vielmehr in dem Artikel „Konservative und Liberale in Westpreußen". Sie sollen nur den hakatistischen Mischmasch im Kampf gegen das Polentum verhöhnen. Der Wortlaut des Zitats muß also entsprechend ausgewechselt werden. Auf jeden Fall kritisiert die Aeußerung die Einseifung der liberalen Opfer der schwarzen „Nationalen" geradezu unbezahlbar.

Eine beladene Lore fuhr am Sonnabend auf der kaiserlichen Werft dem Arbeiter August Grabowski einen Fuß ab. Der Verunglückte wurde nach dem städtischen Krankenhause geschafft.

Beim Laden eines Schiffes stürzte in Neufahrwasser der Matrose Nedebock in den Raum. Der Verunglückte brach den rechten Arm und erlitt eine Gehirnerschütterung. In bewußtlosem Zustande schaffte man ihn nach dem städtischen Krankenhause.

In Neufahrwasser erhängte sich in seiner Wohnung der 78 Jahre alte Steuermann Peter Umland.

Raummangels halber mußte ein Versammlungsbericht der Metallarbeiter zurückgestellt werden. Ebenso ein solcher des Bäckerverbandes.

Elbing-Marienburg.

Windige Ausreden.

Die freikonservative Partei hat Ermittlungen vorgenommen, warum die Leute keine Kinder mehr haben wollen. Ein mittlerer Beamter aus Schlesien, der 1800 Mark Einkommen und 520 Mark Wohnungsgeld bezieht, also im Vierteljahr über 580 Mark Einkommen verfügt, sandte folgende Aufstellung ein:

	Mark
Miete (für eine sehr beschränkte Dreizimmerwohnung 650 Mark)	162,50
Wirtschaftsgeld (monatlich 80 Mark bei sehr hohen Lebensmittelpreisen)	240,00
Steuern (250 Prozent, also 125 Prozent Kommunalsteuern!) rund	18,00
Kohle durchschnittlich	30,00
Licht	10,00
Lohn für ein 16jähriges Bedienungsmädchen auf drei Stunden den Tag (3,10 Mark)	30,00
Lebensversicherungsprämie	40,00
Kriegervereinsbeitrag	1,50
Wäsche (vierteljährlich)	12,00
Versicherungsmarken und Ortskrankenkasse für das Bedienungsmädchen, 2,34 und 3,12 Mark, zus.	5,46
Feuer- und Einbruchsdiebstahl- sowie Haftpflichtversicherungen	9,70
Zeitungen	5,50
Gesamtausgabe:	564,66

„Einer Einnahme von 580 Mark stehen 564,66 Mark Ausgabe gegenüber, so daß ganze 15,34 Mark für das Vierteljahr übrig bleiben. Wovon bezahlt man nun Kleidung, Schuhwerk, Weihnachtsgeschenke für das Bedienungsmädchen und die vielen kleinen Ausgaben, die dauernd an jeden Menschen herantreten? Oder gar Krankheiten? So also sieht es aus ohne Kinder. Wie aber erst mit Kinder?"

So fragt die konservative Marienburger Zeitung ganz entsetzt. Und dann fährt sie fort:

„Der Einsender fügt dann hinzu, daß er jedes Jahr ein kleines Darlehn aufnehmen muß und auf die erste Gehaltszulage von 300 Mark wartet, um die alten Bären abzubinden. Nach seinem Erachten liegt der Kernpunkt der Geburtenfrage nicht in Konzeptionsmitteln, sondern in wirtschaftlichen Fragen. Bei Beamten wiederum – so schreibt er – nicht in der in weiter Ferne schwebenden Höhe des Endgehalts, sondern in den geringen Anfangsgehältern."

Nun ist bekannt, sogar amtlich festgestellt, daß die Hälfte der preußischen Bevölkerung ein Einkommen von weniger als 900 Mark jährlich hat. Die Frage wäre naheliegend, wie diese armen Teufel denn eigentlich leben und Kinder groß ziehen sollen. Aber dem geht das Junkerblatt aus dem Wege, wie die Katz dem heißen Brei. Es paukt auf das Berliner Tageblatt los, weil dieses die Ursache zum Geburtenrückgang in den Wucherzöllen sucht. Das sei nicht wahr, keift die Marienburger Zeitung. Die Aufstellung des Beamten zeige, daß die Lebensmittelpreise niedrig wären. Aber die Wohnung sei zu teuer. Und daran trügen die städtischen Terrainspekulanten die Schuld. Eine Verteidigung dieser ehrenwerten Menschenklasse liegt uns Sozialdemokraten gewiß fern. Aber gegenüber den Agrariern sind die Terrainjobber doch harmlose Lämmer. Für jeden Einsichtigen steht fest, daß der Geburtenrückgang mit dem Zollwucher im engsten Zusammenhange steht. Das leugnen zu wollen, ist ein unsinniges Unterfangen.

Die Früchte der Magistratspolitik. Die Elbinger Zeitung schreibt in ihrer letzten Nummer:

Die Wohnungsnot verspricht am 1. April noch größer zu werden, als sie bisher war. Die Frage nach Wohnungen bei dem amtlichen Wohnungsnachweis und der Armenverwaltung nimmt mit dem Herannahen des Umzugstermins immer mehr zu. Die Schichau-Kolonie Trettinkenhof hat gar keinen Einfluß auf die Wohnungsnot ausgeübt. Die für die Obdachlosen eingerichteten Klassenzimmer der ehemaligen Oberrealschule, die von der Armenverwaltung gemieten Wohnhäuser sind und bleiben voll besetzt. Wo die Obdachlosen vom 1. April untergebracht werden sollen, weiß man noch nicht; zunächst in der alten Turnhalle. Die Errichtung von Arbeiterwohnhäusern in Regie der Stadt ist nur noch eine Frage der Zeit, da von Privaten der so ungemein wichtigen Sache wenig Aufmerksamkeit entgegengebracht wird, vielleicht auch nicht gebracht werden kann.

Wir Sozialdemokraten haben längst auf den Bau von Arbeiterwohnungen durch die Stadt gedrängt. Aber wer nicht hören wollte, war der Magistrat. Der trägt die Verantwortung an diesen Zuständen.

Auf dem Kleinbahnhof in **Laakendorf** wurde der Käsereigehilfe Viohl von einem beladenen Leiterwagen überfahren und schwer verletzt.

Stuhm-Marienwerder.

Irrsinnig wurde in **Marienwerder** ein Gefreiter der Unteroffizierschule. Er zog sich auf der Straße bis aufs Hemd aus und begann dann am Regierungsgebäude die Fenster einzuschlagen. Der Kranke wurde ins Lazarett gebracht.

Stubenbrand in Marienwerder. Bei dem Mechaniker Sufat in der Breiten Straße explodierte eine Petroleumlampe. Das Feuer konnte gelöscht werden, ehe es größeren Umfang annahm.

Graudenz-Strasburg.

Aus der Graudenzer Parteibewegung.

Nach längerer Pause tagte eine besonders von weiblichen Mitgliedern gut besuchte Versammlung unseres Wahlvereins. Der Parteisekretär referierte über das Thema: Politische Rück- und Ausblicke. In seiner 1½stündigen Rede streifte er die Zaberner Militäraffäre und ihre Behandlung vor dem Reichstage, dabei besonders die schlaffe Haltung der Liberalen bei dem sogenannten Mißtrauensvotum gegen den Reichskanzler kritisierend. Ferner erörterte der Redner den scharfen Kampf gegen das Koalitionsrecht und gegen die Sozialdemokratie. Ebenso die Wehrsteuer und deren Folgen in den einzelnen Orten infolge des „Generalpardons". Nachdem der Referent die in Kürze ablaufenden Handelsverträge sowie die erneut erhobenen Militärforderungen besprochen hatte, ermahnte er die Anwesenden zur ganzen Kraftentfaltung für die Ausbreitung unserer demnächst täglich erscheinenden Volkswacht und der politischen Organisation. Da eine Diskussion nicht stattfand, wurden nun die Neuwahlen des Vorstandes und der Revisoren vorgenommen.

Gewählt sind die Genossen Lauer, Piolunkowski, Matern und Rohlandt sowie die Genossin Radel. Zu Revisoren wurde Genosse Rosinski, außerdem die Genossinnen Schmeling und Rohlandt gewählt.

Im Verschiedenen wurde vom Genossen Matern (Neudorf) angeregt, den dortigen Bezirk als selbständigen Verein zu konstituieren, da er bereits über 50 Mitglieder zählt. Genosse Gehl fand den Vorschlag sehr diskutabel, ersuchte aber, die Sache einstweilen zu vertagen, da in nächster Zeit eine Wahlkreiskonferenz stattfinden soll.

Ferner wurde beschlossen, von jetzt ab jede Mitgliederversammlung in der Volkswacht bekannt zu machen.

Thorn-Kulm-Briesen.

Die Thorner lassen den Elbingern nichts nach. Auf der Tagesordnung ihrer nächsten Stadtverordnetensitzung steht die Aufnahme einer Fünfmillionenanleihe.

Auf der Chaussee von **Culm** nach Schwetz wurde der obdachlose Arbeiter Wilhelm Schulz erfroren aufgefunden.

Dtsch.-Krone.

Schuhmacherstreik in Jastrow. In der Schuhwarenfabrik von H. Drews in Jastrow sind die Beschäftigten in den Ausstand getreten. Zuzug muß ferngehalten werden.

Konitz-Tuchel.

Ungültige Krankenkassenwahlen werden nach Flatow und Deutsch-Krone nun auch aus **Konitz** gemeldet. Das Versicherungsamt hat die am 16. Januar vorgenommene Wahl des Ausschusses und der Ersatzmänner der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Stadtbezirk Konitz kassiert. Die neue Wahl findet am 28. April, mittags von 12 bis 2 und abends von 6 bis 9 Uhr, im großen Saale des Hotels Krebs statt.

Ein Drama zwischen Hauswirt und Mieter.

Der Hauswirt erschießt den Mieter und wird freigesprochen!

Die Bluttat, die sich am 17. August vorigen Jahres in Charlottenburg abspielte und ein Menschenleben forderte, beschäftigte das Schwurgericht des Landgerichts III in Berlin. Der 62 Jahre alte Hauseigentümer Alexander Hielscher aus Charlottenburg steht unter der Anklage der Körperverletzung mit Todeserfolg. Der Angeklagte war am 17. August mit einem seiner Mieter, dem 40 Jahre alten Bauarbeiter Michael Kodza, der ohne Begleichung seiner Mietsschuld seine Möbel wegbringen wollte, in Konflikt geraten und hat mit einem Revolver auf ihn geschossen mit dem traurigen Erfolge, daß Kodza, der verheiratet und Vater von acht Kindern war, an den erlittenen Verletzungen gestorben ist. Der Angeklagte ist unverheiratet, Rentier und lebt von den Einkünften zweier Häuser, deren eines in Charlottenburg am Horstweg 25, das andere in Friedenau liegt. Das Haus in Charlottenburg ist von 23 kleinen Mietern bewohnt; der Angeklagte berechnet seine Gesammteinkünfte aus dem ihm zustehenden Teil der Nutznießung aus beiden Häusern auf etwa 2300 Mk. Nach seiner Angabe ist er nach dem jetzt zur Anklage stehenden unglückseligen Vorfall seines Lebens nicht mehr sicher gewesen, die Mieter hätten ihn boykottiert, das im Hause belegene Restaurant sei von Gästen gemieden worden usw. Der Angeklagte schildert den Kodza als einen arbeitsscheuen Mann, der sehr selten nüchtern gewesen sei, seine Frau wohl dreimal in der Woche durchprügelte und auch seine Kinder oft verprügelt habe. Seine Frau habe sich mehrfach bei der Hausverwalterin, als welche die Wirtschafterin des Angeklagten fungierte, über ihren Mann beschwert und auch manchmal auf dem Boden genächtigt. Kodza, der mit Miete im Rückstande war, beabsichtigte am 17. August, einem Sonntag, zu „rücken". Der Angeklagte bekundet, daß ihm gemeldet wurde, der Kodza sei wieder angetrunken und habe eine aus fünf Personen bestehende Ziehmannschaft bestellt, um seine Möbel herauszuschaffen. Auf die Warnung einer Mieterin

sei er, der Angeklagte, in seine Wohnung gegangen und habe einen sechsläufigen Revolver zu sich gesteckt. An der Hintertreppe sei ihm Kodza begegnet und habe eine Matratze wegtragen wollen. Er habe ihm das Wegtragen verboten, Kodza habe sich aber nicht daran gekehrt, sondern ihn ins Gesicht geschlagen und an Bart und Nase gepackt, sodaß er Kratzwunden davontrug. Er habe erst Luft bekommen, als die Verwalterin ihm zu Hilfe kam und den Kodza zurückdrängte. Er habe schon in diesem Moment in die Tasche gegriffen und dem Kodza den Revolver zur Abwehr vorhalten wollen, er habe ihn aber nicht schnell genug aus der Tasche bekommen. Als Kodza nach etwa vier Minuten die Treppe wieder herunterkam, habe er ihm den Vorschlag gemacht, die Sache in Güte zu regeln, Kodza habe aber mit fürchterlichen Schimpfworten, wie „Strolch“, „Halunke“ usw. geantwortet. Mit den Worten: „Ich habe heute einen getrunken, ich habe Courage!“ habe Kodza ihm dann einen heftigen Fußtritt in den Unterleib gegeben, dann versucht, ihm weitere Fußtritte zu versetzen und schließlich ihm mit aller Gewalt mit dem Stiefelabsatz einen Tritt gegen das Schienbein versetzt, sodaß er vor Schmerzen sich krümmte. Dies habe Kodza benutzt, um ihm an den Hals zu springen und den Kehlkopf zusammen zu drücken. Er habe mehrfach dem Kodza warnend und verzweifelnd zugerufen: „Rühren Sie mich nicht an! Lassen Sie mich los!“ Der Kodza habe aber nicht von ihm gelassen und ihn so gedrückt, daß er schwarze und rote Flecken vor den Augen bekam. In dieser Situation habe er einen Schreckschuß nach der Decke abgegeben, als Kodza trotzdem weiter seinen Hals zudrückte, habe er zunächst noch einen zweiten blinden Schuß abgegeben, und endlich, da er sich bewußt war, daß, wenn er überwältigt würde, sein Leben verloren gewesen wäre, zum dritten Male — nun aber auf Kodza — geschossen, der darauf zur Erde stürzte und sofort tot war.

Die Zeugenaussagen gehen in der Frage, ob der Angeklagte in Notwehr gehandelt habe, weit auseinander. Sehr belastend für den Angeklagten war die Aussage der Mieterin Frau Fischer. Diese Zeugin behauptete, ohne durch Zwischenfragen sich von ihrer Ueberzeugung a[illegible]ngen zu lassen, daß ein Kampf zwischen den beiden Männern nicht stattgefunden habe, daß von beiden Seiten kein Wort gesagt worden sei, und der Angeklagte nach dem tödlichen Schuß ohne Zeichen eines Handgemenges kerzengerade und ohne Zeichen der Erregung weggegangen sei. Ein Ringen habe nicht stattgefunden. Der Angeklagte habe an der Nase etwas geblutet und auf eine Frage der Wirtschafterin nach dem Hergange gesagt: „Was sollte ich denn machen, ich mußte mich doch wehren.“ Aerztliche Gutachten bezeugen, daß der Angeklagte Spuren von Mißhandlungen aufzuweisen hatte. — Der Staatsanwalt plädiert auf Totschlag, die Geschworenen sprachen den Angeklagten frei!

Im Namen der Menschheit!

Am 25. November 1913 vereinigten sich 500 der besten Vertreter des europäischen Kulturgewissens zu einem Protest gegen die fortgesetzten Greuel in den russischen Gefängnissen. Die Presse sämtlicher Kulturländer druckte diesen Protest ab, und aus den fernsten Winkeln Sibiriens, aus Kerkern und Verbannungsorten kam als Widerhall auf diese Hilfsaktion die Nachricht über neubelebte Hoffnungen der politischen Gefangenen Rußlands.

Es blieb nicht bei diesem Protest allein. In Oesterreich und Frankreich, wo bereits früher Hilfsvereine bestanden, setzte eine lebhafte Werbearbeit ein. In Holland, in der Schweiz und in Deutschland entstanden Vereinigungen, die die Ziele des Aufrufes vom 25. November in Wirklichkeit umzusetzen bestrebt sind. Als die Vertreter dieser Bestrebungen in Deutschland treten wir heute an die Oeffentlichkeit, um in engster Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes den politischen Gefangenen Rußlands moralische und materielle Hilfe zu bringen.

„Es ist — schrieben vor einiger Zeit die politischen Gefangenen aus einigen russischen Kerkern — es ist die verächtliche Selbstsucht, die mitschuldig macht, es ist die feige Gleichgültigkeit derer, die die kleinste Mühe scheuen, es ist die ganze Stumpfheit der öffentlichen Meinung, die uns zur Hoffnungslosigkeit, Entmutigung und Verzweiflung getrieben haben.“ Diese Anklagen der lebendig Begrabenen, die tiefe Scham in allen menschlich Fühlenden wachrufen müssen, dürfen nicht mehr ertönen. Es ist hohe Zeit, daß Selbstsucht und Gleichgültigkeit verstummen, es ist hohe Zeit, daß die Kulturmenschheit wieder — wie ehemals — sich auf ihre Pflichten gegen die Opfer eines rückständigen, gewalttätigen Regierungssystems besinnt!

Nichts wäre verderblicher, als dieser heiligen Aufgabe des wahren Menschentums das Argument der „Nichteinmischung“ entgegenzusetzen. Nichts wäre gefährlicher, als dieser keinen Aufschub duldenden Wirksamkeit mit dem Einwand zu begegnen, das Ausland könne und dürfe den politischen Gefangenen des Zarismus keine Hilfe bringen. Nein und tausendmal nein! Das Ausland kann — wenn es nur will — wertvolle Hilfe leisten, um die Ausschreitungen der russischen Gefängnisbeamten zu zügeln, es kann die Leiden der politischen Gefangenen lindern, das haben zahlreiche Fälle aus der Vergangenheit bewiesen! Das Ausland muß diese Pflicht erfüllen — wenn es gegenüber einer immer höher anschwellenden Woge der Unmenschlichkeit die heiligsten Grundsätze der Menschlichkeit nach Kräften wahren will!

So appellieren wir hirmit an alle aufrechten deutschen Männer und Frauen, ohne Unterschied der Parteien unsere Bestrebungen in jeder ihnen zugänglichen Art zu unterstützen. Wir apellieren im Namen der Menschheit an das Rechtsgefühl und die Humanität des deutschen Volkes, denn nie ward der Name Mensch so geschändet, wie in diesen Tagen des 20. Jahrhunderts durch die Missetaten in den Kerkern und Verbannungsorten des russischen Reiches!

Der Vorstand des Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbannten Rußlands:

Minna Cauer (Vorsitzende), N. H. Witt (Schriftführer), Eduard Fuchs (Schriftführer), Hugo Simon (Schatzmeister), Graf Georg von Arco, Bernhard Kampffmeyer, Dr. Alfred Kerr, Käte Kollwitz, Pfarrer Nithack-Stahn, Rittmeister a. D. von Tepper-Laski.

Dem Beirat des deutschen Hilfsvereins sind beigetreten: Prof. Dr. K. von Amira, München; Eduard Bernstein, M. d. R.; Prof. Dr. A. Blaschko, Grunewald; Archidiaconus A. Brausewetter, Danzig; Hofrat Professor Dr. Lujo Brentano, München; Dr. Oskar Cohn, M. d. R.; Richard Dehmel, Blankenese; Professor Dr. H. Dorn, München; Hedwig Dohm, Berlin; Verlagsbuchhändler S. Fischer, Berlin; Dr. Ludwig Fulda, Berlin; Hellmuth von Gerlach, Berlin; Stadtverordneter Karl Goldschmidt, Berlin; Stadtverordneter Hugo Heimann, Berlin; Anselma Heine, Berlin; Dr. Th. Heuß, Heilbronn; Pfarrer J. Heyn, M. d. R.; Justizrat J. Holz, Berlin; Professor Dr. J. Jastrow, Charlottenburg; Dr. Karl Liebknecht, M. d. R.; Dr. Ernst Mamroth, Breslau; Professor Dr. Bruno Meyer, Berlin; Börries, Freiherr von Münchhausen, Sahlis bei Kohren; Professor Dr. Neumann-Hofer, M. d. R.; Professor Dr. Rippold, Oberursel; Professor Dr. Wilhelm Ostwald, Groß-Bothen; Dr. F. Poppenberg, Charlottenburg; Dr. Heinz Potthoff, Düsseldorf; Professor Dr. Gustav Radbruch, Heidelberg; Johannes Sassenbach, Berlin; Professor Dr. Adalbert Schücking, Marburg; Geheimer Justizrat Timendorfer, Berlin; Professor Dr. Ferdinand Tönnies, Eutin; Liz. theol. Traub, M. d. Abg., Berlin; Pfarrer D. Umfrid, Stuttgart; Clara Viebig, Zehlendorf.

Beitrittserklärungen und Anfragen sind zu richten an den Schriftführer des Vereins, Herrn N. H. Witt, Wannsee bei Berlin, Bismarck-Straße 36.

Gewerkschaftsbewegung.

Opferfreudige Solidarität.

Für die Hinterbliebenen des von dem Streikbrechervermittler Keiling erschossenen Buchdruckers Solinger war von den deutschen Buchdruckern eine Sammlung veranstaltet worden. Zahlreiche, zum Teil recht erhebliche, Geldbeträge gingen von den Ortsvereinen und auch von Einzelpersonen ein. Der Korrespondent quittiert in seiner Nummer 30 vom 14. März über 2460,65 Mark. Die Sammlung ist geschlossen. Der österreichische Buchdruckerverband hat die Pflicht übernommen, für die Witwe bis zu ihrer eventuellen Wiederverheiratung und für die Kinder Solingers bis zum Eintritt ihrer eigenen Erwerbsfähigkeit ausreichend zu sorgen. Kann man der schwer geprüften Familie auch nicht den Vater ersetzen, so ist sie doch vor wirtschaftlicher Not geschützt.

Humor und Satire.

Verschnappt. Verteidiger (bei der Beratung): „Die Sache steht unter diesen Umständen recht schlecht für Sie … wissen Sie denn nicht einen einzigen Zeugen, der zu Ihren Gunsten aussagen könnte?“ — Angeklagter (nachdenklich): „Hm, da wär höchstens der Hutzlerjörg, aber mit dem bin ich augenblicklich verfeindet!“ — Verteidiger: „Das hat nichts zu sagen … der Wahrheit wird er am Gericht doch die Ehre geben?“ — Angeklagter (sich den Kopf kratzend): „Ja, das ist's eben …!“

Das befolgte Rezept. „Warum verkehren Sie denn eigentlich in letzter Zeit nur noch mit Universitätsprofessoren?“ — Mein Arzt hat mir verordnet, ich müßte in einer trockenen Atmosphäre leben.“

Das läßt tief blicken. Sag mal, Mama, ist Grimm der größte Erzähler von Märchen?“ — „Ach, mein Kind, Grimm ist tot. Aber dein Vater, der lebt noch!“

Ob gross ob klein
Weichselkönigin Seife ist überall erhältlich.
Achten Sie beim Einkauf auf die Schutzmarke Glockner
die Wirtschaft, bei Gebrauch von Weichselkönigin-Seife sparen Sie immer viel Geld.
Erst proben, dann loben
J. M. Wendisch Nachflg Seifenfabrik Thorn
SIGWA Zoppot

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Zahlstelle Danzig.
Achtung! Achtung!
Vertrauensleute, Bezirkskassierer, Branchenleitungen!
Am Mittwoch den 18. März, abends 7 Uhr, Tischlergasse 49
gemeinsame Sitzung.
Vollzähliges Erscheinen erwartet
Die Ortsverwaltung.
J. A.: P. Fründel.

Persil
Das selbsttätige Waschmittel für Hauswäsche!
Henkel's Bleich-Soda

Nebenverdienst
finden Kolporteure dauernd durch Vertrieb von Druck- und Gewerkschaftsliteratur in der
Buchhandlung Volkswacht.

Kanarien-Hähne
echt Stamm Seifert, Tag- und Lichtsänger, zu preiswerten Preisen zu verkaufen
Am Stein Nr. 16 Tore 1

Hüte
Mützen
Wäsche
Krawatten,
in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen
Huthaus London
Nur 2. Damm Nr. 10.

Menschenschlachthaus.
Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1,00 Mk. Porto: Drucksache 10 Pfg
Volkswacht-Buchhandlung, Danzig, Paradiesg. 32.

Echt garantiert reingekachelten
Schnupftabak
aus erstklassigen Kentuckyblättern empfiehlt die Schnupftabakkachelei
Julius Gosda, Danzig
Rohtabakhandlung.
Häkergasse 5 II. Priestergasse Nähe der Markthalle.
Nur Kachelbetrieb!
Nur Kachelbetrieb!

Der kleine Hut!
ist die große Mode für den Sommer.
Ich habe solche in bedeutender Auswahl am Lager und bitte um freie Besichtigung.
Zur Eröffnung der Saison bringe ich
3 Schlager
von hervorragender Billigkeit!
Tango-Hut
handgenähter Tagal-Hut, moderne Form mit gestecktem Kopf in Tagal-Borte oder Seide — ein- auch zweifarbig . . . 3.95
Goldstein's Reklame-Hut
streng moderne Matelot-Form (Tagal) mit Seidenkopf und Garnitur, in vielen Farben . . . 4.95
Moderner schwarzer Hut
4 verschiedene Formen, mit gestecktem Kopf, aus schmaler Litze genäht . . . 3.95
Aufarbeitungen werden mit größter Sorgfalt schnell und billig ausgeführt.
Julius Goldstein
Lawendelgasse 4, gegenüber der Markthalle.
Es ist nötig, auf meine Firma zu achten. [905

Berufs-Kleidung

für alle Gewerke
Dauerhafte Qualitäten
billigste Preise.
Rudolf Brzezinski
Holzmarkt 24

Elbing.
Central-Theater
Elbing, nur Brückstr. 15.
Neues Programm!
Darunter
ein Hauptschlager
und herrliche Dramen
sowie Humoresken.
Jedes Bild ein Schlager!
792] Die Direktion.

Jahre erklärte nun der Oberbürgermeister Dr. Eichhoff, daß der Magistrat den Forderungen zustimme, machte aber dem Zentrum das wunderliche, gesetzlich unbegründete Zugeständnis, daß der Erlaß nur erfolgen könne, wenn die Kirchengemeinden zustimmten. Und nun sagt das Zentrumsorgan, die Tremonia, die Kirchengemeinden würden das nur tun, wenn als Aequivalent 25 Prozent der Kirchensteuern auf den Kommunaletat übernommen würden. Die Forderung der Schwarzen erregte natürlich großen Unwillen, zumal die katholischen Geistlichen in der Hauptsache Agitatoren des Zentrums sind und die Uebernahme der Kirchensteuern auf den Kommunaletat im letzten Grade nichts weiter wäre, als ein Beitrag zu den Agitationskosten des Zentrums auf dem Umwege durch den städtischen Steuersäckel. Die Dissedenten, deren Zahl sich unheimlich mehrt, würden so auch gezwungen, zu den Kirchenlasten beizutragen. Der kirchliche Apparat, der völlig im Dienste des Zentrums steht, ist in der letzten Zeit gewaltig ausgebaut worden. In den letzten vier Monaten wurden in Dortmund allein drei neue katholische Gemeinden (Pfarreien) begründet und bald jedes Jahr wird eine neue Kirche gebaut.

Behördliche Neugier.

Große Sorge um die Sozialdemokratie macht sich neuerdings in preußischen Regierungskreisen bemerkbar. Darauf deutet ein geheimer Erlaß hin, der den untergeordneten Behörden befohlen hat, die sozialdemokratische Bewegung und alles, was mit ihr nur irgendwie in Zusammenhang gebracht werden könnte, zahlenmäßig zu erfassen. So ist den einzelnen Gemeinden aufgegeben worden, in eingehender Weise Angaben über Zu- und Abnahme in der Parteiorganisation, bei den freien Gewerkschaften und bei „sonstigen sozialdemokratischen" Vereinigungen, wie Turn-, Radfahrer- und andere Vereine, zu machen. Auch über das Hervortreten der Sozialdemokratie bei Gründung von Konsumvereinen, sowie über die Mitgliederzahl der Konsumvereine und deren Umsatz soll berichtet werden. Ferner sollen angegeben werden die sozialdemokratischen Stimmenzahlen bei den jüngsten drei Reichstagswahlen und bei den jüngsten Landtagswahlen. Weiter werden Angaben verlangt über die Beteiligung bei den Gemeindewahlen und bei den Krankenkassenwahlen. Zuletzt wird noch gefordert, über die Abonnentenzahl der sozialdemokratischen Zeitungen und Zeitschriften Bericht zu erstatten. Der Gesamtbericht hat an die vorgesetzten Behörden im Anfang des Monats Februar eingesandt werden müssen. Die angeordneten Erhebungen sind aus Interesse für die vermeintliche „Abnahme der sozialdemokratischen Partei" erfolgt.

Es ist eigentlich schade um die mühevolle Arbeit, die den Gemeinden auferlegt worden ist. Denn wenn den interessierten Kreisen so an einer genauen Feststellung über den Umfang der Sozialdemokratie wie der gesamten modernen Arbeiterbewegung liegt, so werden sie es nicht verabsäumen dürfen, nach Verlauf der roten Woche aufs neue ziffernmäßige Angaben über die Sozialdemokratie anzuordnen, die ihnen allerdings recht wenig behagen dürften.

Arbeitslosenunterstützung in Bayern.

Der von der Regierung verlangte Zuschuß von 75 000 Mk. für kommunale Arbeitslosenversicherung wurde endgültig im bayerischen Landtag angenommen. Die Bauerngruppen, auch die den Liberalen beigesellten deutschen Bauernbündler, waren gegen die Bewilligung des Zuschusses. Vom Zentrum stimmte ein Teil dafür, ein anderer dagegen. Die Liberalen unterstützten auch den weitergehenden sozialdemokratischen Antrag auf Verdoppelung des Staatszuschusses. Die sozialdemokratischen Redner wiesen darauf hin, daß diese Forderung eine Folge der sozialdemokratischen Aufklärung sei; aber die Summe von 75 000 Mark sei viel zu niedrig, unsere Genossen beantragten deshalb, daß sie erhöht werde. Minister v. Soden erwiderte: Der sozialdemokratische Antrag sei an sich berechtigt, aber die Finanzlage erlaube nicht seine Annahme. Er hoffe in späterer Zeit größere Mittel zur Verfügung stellen zu können. Eine Zwangsversicherung solle nicht eingeführt werden, aber angesichts der großen Notlage, unter der gerade Frauen und Kinder leiden, muß dieser ernste Versuch freiwilliger Versicherung unternommen werden, der wirtschaftlich und ethisch gerechtfertigt ist.

Die furchtbare Verwahrlosung, die die Zentrumserziehung auf dem Lande hervorruft, zeigte dann der Zentrumsbauer Pierenreuter, der die Arbeitslosen unflätig beschimpfte. Die Arbeitslosenversicherung würde eine Brutanstalt für arbeitsscheues Gesindel werden, wie die Krankenversicherung für Simulanten. Die Rede des christlichen Bauern rief stürmische Entrüstung hervor. Genosse Timm legte gegen die brutale Beschimpfung der Arbeitslosen empörten Protest ein und kündigte an, daß diese Rede eines Zentrumschristen unter den christlichen Arbeitern verbreitet werden würde. Der einzige Arbeitervertreter des Zentrums im Landtage, Herr Oswald, schwieg auf die schamlosen Angriffe seines Parteifreundes gegen die Arbeiter.

Krankenkassen und Aerzte.

Im Reichsamt des Innern fanden neue Verhandlungen zwischen den Krankenkassenverbänden statt. Es wurden nähere Vereinbarungen zu Nr. 11 des Berliner Abkommens über die Berechnung und Abführung der Kassen- und Arztbeiträge zur Deckung der Abfindungskosten getroffen. Als Stelle, an die die Beiträge von den Kassen abgeführt werden sollen, wurde die Preußische Seehandlung in Berlin bestimmt. Weiter wurde über die Differenzen beraten, die noch in einigen Orten zwischen Kassen und Aerzten bestehen. Beschlossen wurde, nach Kräften auf Beilegung dieser Differenzen hinzuarbeiten.

Ausland.

Schweden.

Der Termin für die schwedischen Wahlen ist nun festgesetzt. Am 27. März wird in Stockholm, am 29. in Blekinge, am 3. April in Göteborg und im übrigen Lande am 4. und 5. April gewählt. Die offiziellen Wahlergebnisse werden erst zwischen dem 17. und 20. April bekanntgegeben werden.

Britisch-Südafrika.

Botha und Smuts lenken ein. Man schreibt uns aus London: Es gibt doch eine Sprache, die auch die Gewalthaber von Südafrika verstehen! Die gigantische Protestbewegung der britischen Arbeiterschaft hat ihre erste Wirkung bereits gezeitigt. Jetzt erklärten die Minister Smuts und Burton im südafrikanischen Parlament, daß die Verbannung der Rean nicht permanent sei, sondern daß sie zurückkehren können, wenn sie „zufriedenstellende Vorstellungen" machen. Der Frontwechsel hat sowohl in Südafrika, wie in England, große Ueberraschungen hervorgerufen, und wird allenthalben als ein Eingeständnis betrachtet, daß die schrankenlose Gewaltpolitik nicht zu halten ist. Selbst der Kapstadter Korrespondent des Daily Telegraph berichtet, daß man die Deportationsklausel der Indemnitätsbill jetzt schon ganz allgemein als einen taktischen Fehler betrachtet.

Die Deportierten begrüßen die Nachricht als erfreuliches Symptom, aber lehnen es entschieden ab, ihre Rückkehr von der Gnade der südafrikanischen Minister abhängig zu machen. Sie wollen und müssen als freie Männer, mit allen Rechten und ohne jede Beschränkung oder Garantien und Versprechungen zurückkehren.

In Südafrika selbst haben die Arbeiter den Kampf bereits wieder energisch aufgenommen. Der besonders arbeiterfeindliche Johannesburger Korrespondent des Daily Telegraph berichtet von einer großen Arbeiterversammlung in Johannesburg, auf der das Verlesen eines Briefes des Internationalen Gewerkschaftssekretariats in Berlin einen sehr starken Eindruck gemacht hat. Unter den herrschenden Klassen Südafrikas namentlich bei den Farmern, die während des Standrechts nach Herzenslust gewütet haben, scheint große Furcht vor einem internationalen Boykott südafrikanischer Waren zu bestehen. Auf der einen Seite ist in Südafrika bekannt geworden, daß die australischen Gewerkschaften Schritte planen, um die Zufuhr australischen Mehls, auf das Südafrika stark angewiesen ist, abzuschneiden. Auf der anderen Seite wird von einem Boykott südafrikanischer Exportartikel durch die englischen Arbeiter, eventuell schon durch die Seeleute und Docker gesprochen. Nach der Meldung des Daily Telegraph wollen sie ihre Waren auf deutschen Schiffen direkt nach dem europäischen Festland schicken.

Kleine politische Nachrichten.

Wahlrechtsänderungen in Braunschweig? Die Agitation unserer Genossen in Braunschweig hat bereits einen Erfolg gezeitigt. Am Donnerstag erklärte Staatsminister Wolff im braunschweigischen Landtag, daß auf die Einbringung einer neuen Vorlage für das Landtagswahlrecht in diesem Jahre noch nicht zu rechnen sei, weil die vom Landtag bereits veranstalteten statistischen Erhebungen infolge Aenderungen im Programm des Statistischen Amts noch nicht abgeschlossen seien. Hoffentlich läßt die Beendigung dieser Arbeiten nicht allzu lange auf sich warten.

Besteuerung der Rennplätze. Das Gesetz über die Konzessionierung der Buchmacher ist dem Bundesrat zugegangen. Es soll möglichst noch vor Ostern dem Reichstag zugehen und die Mittel zur Aufbesserung der Altpensionäre liefern.

Die deutsche Regierung zur „deutsch-russischen Spannung". Die Nordd. Allgem. Zeitung schreibt: „Die Petersburger Börsenzeitung bringt einen Artikel, der sich über den hohen Stand der russischen Heereseinrichtungen verbreitet und deren offensive Kriegsbereitschaft neben der Erwähnung der friedlichen Tendenz der Politik des Zaren unterstreicht. Wir fühlen kein Bedürfnis, an dem gewiß berechtigten Lobe des russischen Heeres Kritik zu üben, vermögen aber auch keinen Grund zur Beunruhigung daraus herzuleiten. Vielmehr ist die Zuversicht begründet, daß dergleichen auf den Ton kriegerischer Ueberlegenheit gestimmter Erörterungen die guten Beziehungen der beiderseitigen Regierungen ebensowenig stören können, als es der unbegründete Alarmruf getan hat, der neulich in einer Petersburger Korrespondenz eines deutschen Blattes enthalten war."

Aus dem Reichstage.

Neue Gesetzentwürfe. — Duelldebatten.

Aus dem Reichstag wird uns vom 12. März geschrieben: Die Beratung des Kolonialetats hat eine Unterbrechung erfahren durch mehrere Gesetzentwürfe, die am Donnerstag im Plenum zur Verhandlung gelangten. Der Entwurf über Bürgschaften des Reichs zur **Förderung des Kleinwohnungsbaus** wurde nach einer kurzen Erörterung der Wohnungskommission überwiesen. Genosse Göhre erklärte, daß die Sozialdemokratie in der Kommissionsverhandlung alle Anstrengungen machen werde, um die Ausdehnung des Gesetzes auf alle gemeinnützigen Baugenossenschaften zu erzielen; nach der Absicht der Regierung soll es nur auf solche Genossenschaften Anwendung finden, deren Mitglieder Reichs- oder Militärbedienstete sind.

Dann wurde das **Postscheckgesetz** in dritter Lesung angenommen. Genosse Südekum hob noch einmal die schweren Bedenken hervor, die unsere Fraktion schon bei der zweiten Lesung geäußert hatte. Er zeigte namentlich, daß nach dem von den bürgerlichen Parteien abgeschlossenen Kompromiß, ein Gesetz zustande kommt, das keinen irgendwie nennenswerten Aufschwung des Postscheckwesens ermöglicht, und er sprach die Hoffnung aus, daß gerade die Mangelhaftigkeit des Gesetzes seine baldige Reform notwendig machen werde. Die Redner der bürgerlichen Fraktionen verteidigten ihr Werk, und brachten die Vorlage auch zur Annahme.

Zuletzt wurde das **Luftverkehrsgesetz** in erster Lesung behandelt. Genosse Landsberg bedauerte, daß eine nationale Regelung der Verkehrsvorschriften einer internationalen Regelung vorausgehen solle, die bei einer solchen Materie sich gewiß empfohlen hätte. Er beklagte im einzelnen eine Reihe von Mängeln, und hob namentlich hervor, daß die Vorlage den Behörden in manchen Fällen viel zu weitgehende Befugnisse anvertraue. Auch die Beschränkung der Haftsumme auf eine Höchstsumme erklärte unser Redner für unmöglich, und er forderte statt dessen die Verpflichtung zum Schadenersatz bei Unglücksfällen bis zur Grenze der höheren Gewalt. Auch der Zentrumsredner, Herr Dr. Belzer, wünschte eine weitherzige Regelung der Haftpflicht, wogegen der Nationalliberale Dr. Quarck eine vorsichtige Ausgestaltung für angemessen hielt. Für eine Erweiterung der Haftpflicht sprachen sich der Konservative Dr. Oertel und der Volksparteiler Siehr aus. Auch Genosse Bender brachte noch Material zugunsten der Anregungen bei, die von dem ersten Redner der Fraktion gegeben worden waren.

Die Duelldebatte, die der Widersinn der heutigen Gesellschaftssitten alljährlich dem Reichstag aufnötigt, fand am 13. März statt. Diesmal war es der verhängnisvolle Metzer Fall, der die Interpellation des Zentrums veranlaßte. Die Redner des Zentrums, Herr Gröber, der die Interpellation begründete, und Herr Dr. Spahn, der an der Besprechung teilnahm, waren indes wenig kampflustig. Sie vertraten die Stellung ihrer Partei sicherlich mit sehr guten Gründen, aber doch mit viel weniger Elan, als man es in früheren Fällen beobachten konnte. Das Zentrum weiß wohl, daß die Lösung des Duellproblems mit der Frage der Militär- und Kommandogewalt eng zusammenhängt, und es ist wenig geneigt — wie schon die Zaberner Affäre gezeigt hat — hier fest zuzugreifen.

Der Kriegsminister antwortete, ohne auf den Grund der Frage einzugehen. Er versuchte nur die Schwierigkeiten zu zeigen, die sich ihrer Lösung entgegenstellen, und die günstige Wirkung der Tätigkeit von Ehrenräten und Ehrengerichten zu beweisen. Dafür war sein Tonfall möglichst konziliant und verbindlich. Er bemühte sich sichtlich, den Konflikt nicht zu verschärfen, ohne jedoch in der Sache selbst irgendwie nachzugeben.

Daß es sich um ein politisches Problem handelt, bewiesen unsere Redner einwandfrei. Die Genossen Haase und Wendel ließen den Einfluß hervortreten, den der militärisch-feudale Geist bis tief in das Bürgertum hinein ausübt, und sie konnten namentlich den unmoralischen und verhängnisvollen Charakter des Duellzwanges betonen. Genosse Haase hatte überaus glückliche Momente, als er zeigte, wie der Ausgang der Zaberner Auseinandersetzungen den Militarismus gestärkt und so den Kampf gegen das Duell tatsächlich erschwert hat.

Von den bürgerlichen Rednern waren nur der Fortschrittler Blanck und der Pole Dombek entschlossen gegen das Duell. Wenig erstaunlich ist, daß der Graf Westarp und Herr Mertin von der Reichspartei dem Duell das Wort redeten. Aber überraschen konnte die offene Begeisterung des nationalliberalen Rechtslehrers v. Calker! Das sagte ihm denn auch Genosse Wendel, der in fein pointierten Bemerkungen das Urteil unserer Fraktion zusammenfaßte.

Am Donnerstag nächster Woche — bis dahin sind Ferien — wird die Beratung des Kolonialetats weitergeführt.

Der Seniorenkonvent beschloß, die Osterferien des Reichstags vom 28. März bis 28. April festzusetzen. Es zeigte sich im Seniorenkonvent die Neigung, die Verhandlungen mit Himmelfahrt (21. Mai) zu Ende zu bringen.

Preußischer Landtag.

Wer schafft das Gold zutage?

Aus dem preußischen Abgeordnetenhause wird uns vom Freitag geschrieben: Heute wurde im Dreiklassenhause über die Lage der Bergarbeiter verhandelt. Es ist fast selbstverständlich, daß, seitdem ein so gründlicher Kenner des deutschen Bergbaues und der Lage seiner Arbeiter, wie unser Genosse Hué dem Landtag angehört, er auch bei der Erörterung dieser Fragen das erste Wort zu sprechen hat. Genosse Hué hatte am Mittwoch gezeigt, wie außerordentlich sich die Profite der Bergwerksunternehmer vermehren, daß man dagegen bei den Bergarbeiterlöhnen eine viel langsamere Steigerung, wenn nicht gar eine Verminderung beobachten muß. Das war den Zechenbaronen und ihren parlamentarischen Wortführern stark in die Knochen gefahren, und heute versuchte der nationalliberale Bergwerksdirektor Althoff denn auch, diese Darlegungen als unrichtig hinzustellen. Wie schwach aber seine Widerlegung war, bewies seine eigene Partei, indem sie im Verein mit den Konservativen die Besprechung schloß und Hué das Wort zur Erwiderung abschnitt! So konnte Hué den Nachweis der Richtigkeit seiner Schlüsse nur noch für die dritte Lesung in Aussicht stellen. Vorher aber hatte er schon zweimal das Wort genommen, einmal um unsere Zustimmung zu einem den Zechenparteien unangenehmen Zentrumsantrag auszusprechen, der eine Verbesserung des Entschädigungsverfahrens bei Bergschäden in die Wege leiten will. Hier gelang es den Konservativen und den Nationalliberalen, den Antrag durch Ueberweisung an die Handels- und Gewerbekommission zu verschleppen. Das zweitemal hielt Hué eine große Rede, in der die Leiden der Bergarbeiter, den Terrorismus der Zechen, die Uebervorteilung durch geradezu betrügerische Kniffe, das Wohnungselend, die Strafen und die niedrigen Löhne zu einem eindrucksvollen Gesamtbild vereinigte. Er wies auch auf die im Entstehen begriffene Zusammenfassung der oberschlesischen Zechen zu einem Terroristenverband hin und hatte die Genugtuung, den Oberberghauptmann v. Velsen erklären zu hören, daß der Staat einem solchen Verband nicht beitreten würde, freilich kam diese Erklärung etwas verklausuliert heraus.

Aus Westpreußen.

Vom Kampf gegen den inneren Feind.

Im Vorwärts lesen wir:

Aus bürgerlichen Kreisen wird uns mit der Bitte um Veröffentlichung folgendes Schriftstück zugestellt:

Kommandantur
der
Festung . . . . . .
Tgb. Nr. . . . . (enthält Datum)

An den Restaurateur Herrn . . . . . Hier.

Es ist zur Kenntnis der Kommandantur gelangt, daß sozialdemokratische Vereine in Ihrem Lokal Vergnügungen und ähnliche Zusammenkünfte abhalten. Falls dies auch noch ferner von Ihnen geduldet werden sollte, würde sich die Kommandantur veranlaßt sehen, Ihr Lokal für Militärpersonen zu verbieten.

Unterschrift (Name unleserlich.)

Der Ukas kommt aus einer der östlichen Garnisonen des Reiches. Da man einstweilen noch keine Maschinengewehre gegen den inneren Feind auffahren kann, feuert man simple Papiergranaten. Nun ist sicherlich der Militärboykott nichts Neues. Aber der Mann, der hier terrorisiert werden soll, hat nie etwas mit der sozialdemokratischen Bewegung eines Ortes zu tun gehabt. Er ist allem Anschein nach das Opfer der Denunziation eines Konkurrenten geworden.

Danzig.

Drei Monate für ein Nein.

Am 19. Dezember 1913 richtete das Gewerkschaftskartell Danzig gemeinschaftlich mit dem Sozialdemokratischen Verein eine Eingabe an den Magistrat, in der die Einführung einer Arbeitslosenversicherung für Danzig beantragt wurde. Eine Antwort erfolgte nicht, so daß Genosse Leu am 10. Februar 1914 gezwungen war, noch einmal den Magistrat an die Eingabe zu erinnern. Derselbe Magistrat, dessen Mitglieder zur Eile mahnen können, um einen „Sünder" der strafenden Gerechtigkeit zu überliefern, brauchte noch weitere vier Wochen, um die Antragsteller davon zu verständigen, daß die Eingabe in den Papierkorb gewandert sei. Also lautet der behördliche Schreibebrief:

Zum Schreiben vom 10. Februar 1914.

Die Arbeitslosenversicherung kann unserer Ansicht nach nur staatlicherseits gelöst werden. Es ist dies ebenso Sache des Reichs, wie die Durchführung der Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Eine solche staatliche Aufgabe auf die Stadtgemeinde zu übernehmen, halten wir nicht für richtig, zumal ein durchgreifender Erfolg von dieser Maßnahme nur dann erzielt werden kann, wenn durch Gesetz **allgemein** ein **Versicherungszwang** für das ganze Reichsgebiet festgelegt wird. Wir sind daher zurzeit nicht in der Lage, der Frage der Einführung einer Arbeitslosenversicherung für den Stadtbezirk Danzig näher zu treten.

Die Stadtverordnetenversammlung hat durch Beschluß vom 3. d. M., durch den sie den Antrag einiger Stadtverordneten auf Einsetzung einer gemischten Kommission zur Prüfung dieser Frage abgelehnt hat, zu erkennen gegeben, daß sie unserer Ansicht in dieser Angelegenheit beitritt.

gez.: Scholtz.
Beglaubigt: Schmidt, Bureauvorsteher.

In anderen deutschen Gegenden ist — wir erinnern da nur an Süddeutschland — man über die Durchführbarkeit der Arbeitslosenfürsorge durch die Kommune entgegengesetzter Meinung, als der Magistrat von Danzig. Bei uns will man nichts für die Arbeitslosen tun, obwohl noch immer Hunderte ohne Beschäftigung umherlaufen. Der Magistrat braucht drei Monate, um das kurze Wörtchen „Nein!" über die Lippen zu bringen. Und sein Antwortschreiben läßt nicht einmal erkennen, ob man die weiteren Anträge über Ausführung von Notstandsarbeiten, Bereitstellung von Mitteln für die Speisung bedürftiger Kinder in den Schulen usw. überhaupt beraten hat. Die Not der Arbeitslosen rührt den Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium nicht. Mögen sie sich denn im Herbst nicht wundern wenn Hungerwahlen zustande kommen.

10 besonders billige Tage in Schuhwaren.

Um meine großen Lagerbestände aus vorjähriger Saison, speziell auch in **braunen Schuhwaren**, noch vor Beginn der diesjährigen Frühjahrssaison zu räumen, werden von

Montag, den 16. bis einschliessl. Mittwoch, den 25. d. M.

große Serien

Damen-, Herren- u. Kinderstiefel

zu sensationell billigen Preisen verkauft.

Eine Serie **Damenstiefel** Rosbox mit Lackkappe . . herabgesetzt auf **4.60**	Eine Serie **Herrenstiefel** herabgesetzt auf **6.10**
Eine Serie **Damenstiefel** schwarz . . herabgesetzt auf **6.10**	Eine Serie **Herrenstiefel** braun und schwarz . . . herabgesetzt auf **6.90**
Eine Serie **Damenstiefel** braun und schwarz, echt Chevreau . . herabgesetzt auf **7.90**	Eine Serie **Herrenstiefel** schwarz, echt Chevreau, mit u. ohne Lackk., herabgesetzt auf **8.50**
Eine Serie **Damen-Halbschuhe** schwarz . . . herabgesetzt auf **4.50**	Eine Serie **Herrenstiefel** braun . . . . herabgesetzt auf **7.90**

Schuhwarenhaus Tuchler Holzmarkt 19

Während der billigen Räumungstage sind auch sämtliche besseren Schuhwaren ermässigt. 1903

Breitgasse 106/107 :: Jopengasse 13.

Maß-Anfertigung feinster Herren-Bekleidung

Beste Verarbeitung. Sehr mäßige Preise.

Eugen Hasse 1834

Kohlenmarkt 14/16 Fernsprecher 1854. **Kohlenmarkt 14/16**

Einem geehrten Publikum zur gefälligen Kenntnis, daß ich das von Herrn **C. Bartsch** bisher betriebene

Barbier- und Friseur-Geschäft

käuflich erworben habe. 1900

Unter der Zusicherung **sauberer** und **reeller Bedienung** halte ich mein Geschäft bestens empfohlen.

Eugen Fritz, Paradiesgasse 4.

Schuhputz Nigrin

gibt wasserbeständigen Hochglanz

Patent-Reform-Gebiß

Haltbarer Zahnersatz ohne jede Platte. Beeinflußt nicht den Geschmack und sitzt fest im Munde. Ich mache darauf aufmerksam, daß ich allein das Recht habe, das Patent-Reform-Gebiss anzufertigen.

1.00 Mk Zähne 1.80 Mk

ohne Extraberechnung der roten Kautschukplatte u. 10jähriger Garantie für Haltbarkeit.

Als Zähne à **1.80 Mark** liefere ich solche, welche verschiedentl. mit 3, 4 Mk. u. mehr bezahlt werden müssen. **Plomben** billigst. **Reparaturen** an 1 Mk., **Umarbeitung** nicht passender Gebisse **schnellstens und billigst. Nervtöten** 1 Mk.

Bei Bestellungen künstlicher Zähne Zahnziehen kostenlos.

Viele Dankschreiben von meinen Patienten **über schmerzloses Zahnziehen. Zahnziehen** in örtlicher Betäubung à **1 Mk.** 1555

Sprechstunden von 8–8 Uhr. **Mewald's** Sonntags von 9–2 Uhr.

Tel. 2621. „Institut für Zahnleidende" Tel. 2621.

Nähe Hauptbahnhof. **Pfefferstadt 71 I.** Nähe Hansaplatz.

Die Steuer-Einschätzungen

gehen allen Steuerpflichtigen im März zu. Da ist es dringende Pflicht, sich mit den gesetzlichen Bestimmungen, wie Kinderprivileg usw. vertraut zu machen. Als guten und billigen Ratgeber empfehlen wir:

Führer durch das preußische Einkommensteuergesetz

vom Arbeiter-Sekretär **Rudolf Wissell**

Preis 30 Pfennig

Mit 19 Formularen für Eingaben, Reklamationen usw., sowie einem umfangreichen Sach-Register.

Zu beziehen durch:

Buchhandlung Volkswacht,

Paradiesgasse 32.

Elegante sowie einfache **Damen u. Kindergarderob**
wird sauber und billig angefertig
Rumy, Langgarten 60.
Volkswacht-Abonnenten 5% bil

Gut erhalt. kl. Küchenschran u. Klapp-Bettstelle ganz bill. z verk. **Post,** Husarengasse 8, 1

Wegen Aufgabe!
Kanarienvögel, Weibchen mit Zuch hahn zu verkaufen bei **Grau** Kl. Mühlengasse 4, 3 Treppen.

Grammophon mit Platten u Drahtgitter zu verk. **Michaels weg 43,** bei Lange.

Kl. möbl. Zimmer zu verm **Lgf. Elsenstraße 21, 2 Tr. r**

Empfehle meinen Rasier-Salon **Otto Dittmer,** Johannisg. 38

P. Wienhold, Friseur
Langfuhr, Labesweg 19a.

Zähne werden gut gezogen auf Wunsch schmerzlos auch wird der Nerv getötet vo **W. Schreiber,** geprüfter Heilgehilf und Masseur, Tischlergasse 27.

Empfehle meinen
Rasier- und Frisier-Salon
F. Klein, Niedere Seigen 17

Alkoholfreie Getränke.

Fabrik für alkoholfreie Getränke
von **E. Ehlert Nachfolger**
Schidlitz.

Chr. Schatz, Ohra, Teleph. 460.

Brotfabriken.

Danziger Brotfabrik
G. m. b. H., Kalkowgasse 15
Blaue Schilder kennz. die Niederl.

Bäckereien.

Bäckerei Kögler, Hakelwerk 8, feinste Backwaren

Damenputz u. Modewaren

M. Laube, Ohra
Kurz-, Weiss-, Wollwaren.

Destillation, Liköre.

F. Berner, Kolonialwaren. Speicherhaus-Neugasse 10-11.

Oscar Schützmann, Tischlergasse 67
ff. Liköre, Rum und Kognak.

Fahrräder, Nähmaschinen.

Fahrräder und Zubehörteile
Carl Sielaff, Ohra
Grammophone und Platten.

Herren-Artikel.

Hut-Haus London
Nur II. Damm 10.

Herren-Garderoben.

Konfektionshaus für Arbeitergarderoben
J. Kuhn, Schüsseldamm Nr. 56 und Langebrücke.

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Den Lesern bei Einkäufen zur Beachtung empfohlen.
Erscheint wöchentlich einmal.

Arbeiterbekleidung
Maßanfertigung
Herrenartikel
S. Lazarus
Gegr. 1894.
Langfuhr
Hauptstrasse 53.

Goldene 14
Lange Brücke.

Kaufhäuser.

Sally Bieber, Stadtgebiet Nr. 46
Manufaktur-, Kurz- u. Schuhwaren sowie sämtl. Arbeitergarderoben.

Kohlen, Holz, Briketts.

Danziger Brotfabrik
G. m. b. H., Kalkowgasse 15.

Kolonial- u. Materialwaren

A. Hagedorn, Wallgasse Nr. 25.

G. E. Schimanschmann vorm. PRANTZ
Schüsseldamm 32
Mehl, Hülsenfrüchte etc.

Literatur.

3 Zentralbibliothek zu Danzig
Kostenlose Bücherausgabe
Mittwoch von 7–8 Uhr
Sonnabend v. 6-8½ Uhr abends
Dominikswall 8, Hof I.

Möbelmagazine.

Das **Möbel-Magazin** von
Fr. Lisinski, Langfuhr
Kastanienweg 5a
ist bei der Arbeiterschaft die beliebteste Bezugsquelle aller Sorten Möbel. Bequeme Zahlungsbeding.

Restaurants.

Maurerherberge
Schüsseldamm 28
Verkehrslokal d. freien Gewerkschaften.

Schnupftabak-Fabriken.

Julius Gosda
Häkergasse 5
II. Priestergasse 5, Ecke
Schnupftabak-Kachelei.

Schuhwaren.

August Wilke
Langfuhr, Hauptstrasse.
Billigste Bezugsquelle für reelle Schuhwaren.
Eigene Reparatur-Werkstatt.

L. Michaelis
III. Damm 6, Heilige Geistgasse 35
Großes Lager gedieg. Schuhwaren
Arbeitsstiefel. Reparaturwerkstatt.

Transportgeschäfte.

Roll-Fuhren
werden billig ausgeführt
A. Hagedorn, Wallgasse 25.

Uhren und Goldwaren.

Uhren und Goldwaren
S. Lewy Nchfl., Danzig
Breitgasse 28, Ecke Goldschmiedeg

Zigarrengeschäfte.

Organisierte Arbeiter kaufen
bei
Eugen Sellin, Schüsseldamm 56.

Tabak, Zigarren Zigaretten
A. KRAUSE
Danzig Rammbau 18

Partei- u. Gewerkschaftsliterat
Buchhandlung Volkswacht,
Danzig, Paradiesgasse 32.

Für verantwortlich für den redaktionellen Teil Georg Lau, für den Inseratenteil Franz Unterhalt. Verlag Volkswacht J. Gehl & Co. Druck von E. Gorgowski, sämtliche in Danzig